



Plenarprotokoll

69. Sitzung

Kiel, Freitag, 9. Oktober 1998

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Beauftragte oder den Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/759

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/805

Bericht und Beschußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/1667

Peter Lehnert [CDU]

5019

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs und zur Änderung der Landesbauordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1424

Bericht und Beschußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/1666

Ursula Kähler [SPD], Berichterstatterin 5020

Beschluß: Verabschiedung..... 5020

Bericht zu Situation und Perspektive der Toxikologie in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1691

Beschluß: Annahme

5020

Keine Gen-Datei ohne rechtsstaatliche Sicherungen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1427

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1443

Bericht und Beschußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/1649

Ursula Kähler [SPD], Berichterstatterin

5020

Beschluß: Für erledigt erklärt

5020

Moderne Verwaltung in Schleswig-Holstein		Beschluß: Annahme	5022
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/973			
Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 14/1650		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1122	
Ursula Kähler [SPD], Berichterstatterin	5020	Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 14/1676	
Beschluß: Kenntnisnahme	5021	Uwe Eichelberg [CDU], Berichterstatter	5022
Bericht der Fachklinik Heiligenhafen gemäß § 3 Absatz 3 des Fachklinikgesetzes		Beschluß: Für erledigt erklärt	5022
Drucksache 14/1658		Holger Astrup [SPD], zur Geschäftsordnung	5022
Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß	5021	Tätigkeitsbericht des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1998	
Rücknahme des Verordnungsantrages des Landes Schleswig-Holstein, Bundesrats-Drucksache 876/97		Bericht des Eingabenausschusses Drucksache 14/1584	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1465		Gerhard Poppendiecker [SPD], Berichterstatter	5022
Bericht und Beschlußempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 14/1669		Beschluß: Kenntnisnahme und Bestätigung der Erledigung	5024
Gudrun Hunecke [CDU], Berichterstatterin	5021	Fortsetzung der zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Beauftragte oder den Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen	
Beschluß: Ablehnung	5021	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/759	
Überarbeitung des Programms Arbeit für Schleswig-Holstein III (ASH III)		Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/805	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1466		Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 14/1667	
Bericht und Beschlußempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 14/1670		Heinz Maurus [CDU], Berichterstatter Klaus-Peter Puls [SPD]	5024
Gudrun Hunecke [CDU], Berichterstatterin	5021	Peter Lehnert [CDU]	5024
Beschluß: Ablehnung	5021	Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5026
Schnellbahnanbindung an den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel		Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	5028
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1203		Anke Spoerendonk [SSW]	5030, 5034
Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 14/1675		Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5031
Uwe Eichelberg [CDU], Berichterstatter	5021	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5033
			5035

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister	5036
Beschluß: Verabschiedung.....	5038
Informationen zur Umwelt	
Landtagsbeschuß vom 14. Mai 1998	
Drucksache 14/1434	
Bericht der Landesregierung	
Drucksache 14/1683	
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	5038
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	5040
Renate Gröpel [SPD].....	5042
Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]...	5044
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5046
Anke Spoorendonk [SSW].....	5047
Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5049
Beschluß: Überweisung an den Umweltausschuß zur abschließenden Beratung	5050

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin
Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister
Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind der Abgeordnete Peter Gerckens erkrankt, die Abgeordneten Storjohann und Zahn beurlaubt; wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene ist Minister Möller beurlaubt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Beauftragte oder den Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/759

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/805

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/1667

Theoretisch hätte jetzt der Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, der Herr Abgeordnete Maurus das Wort; er ist jedoch nicht anwesend.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die tagen bestimmt noch! - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Der Innen- und Rechtsausschuß tagt doch noch!)

- Ja, ich weiß.

(Martin Kayenburg [CDU]: Können wir nicht auf die Vorlage verweisen?)

Der Herr Abgeordnete Lehnert hat das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Zur Zeit findet noch eine Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses statt. Deswegen bin ich wahrscheinlich das einzige Mitglied des Ausschusses, das hier ist. - Oh, Entschuldigung, Frau Kähler auch! - Darf ich das trotzdem machen? - Ich verweise auf die Drucksache 14/1667, Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses!

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Aber die Redner sind doch gar nicht hier! - Ursula Kähler [SPD]: Wir bitten um Behandlung dieses Tagesordnungspunktes, wenn die Mitglieder des Ausschusses hier sind!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich halte das für einen vernünftigen Vorschlag, Frau Abgeordnete Kähler! Ich glaube, wir sollten dann tatsächlich die Sitzung solange unterbrechen, es sei denn, wir ziehen einen anderen Tagesordnungspunkt vor. - Wir könnten jetzt die Punkte, zu denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist, behandeln, wenn Sie einverstanden sind.

(Holger Astrup [SPD]: Gute Idee! - Ute Erdiek-Rave [SPD]: Da müssen wir erst zählen!)

- Ich gucke heute großzügig, Frau Fraktionsvorsitzende.

(Beifall bei der SPD - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie das versprechen, ist es okay!)

Dann behandeln wir jetzt also die Tagesordnungspunkte, zu denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist.

Ich rufe zunächst Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs und zur Änderung der Landesbauordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1424

Bericht und Beschußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/1666

Das Wort erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Kähler als Berichterstatterin.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/1424, in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei Abwesenheit der F.D.P. ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 17 der Tagesordnung auf:

Bericht zu Situation und Perspektive der Toxikologie in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1691

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Keine Gen-Datei ohne rechtsstaatliche Sicherungen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1427

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1443

Bericht und Beschußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/1649

Ich erteile wiederum der Frau Abgeordneten Kähler als Berichterstatterin das Wort.

Ursula Kähler [SPD]:

Auch hier verweise ich auf die Vorlage, Herr Präsident!

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich bedanke mich. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Auch hierzu ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Der Ausschuß empfiehlt, die Anträge für erledigt zu erklären. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

Moderne Verwaltung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/973

Bericht und Beschußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/1650

Das Wort hat erneut die Frau Abgeordnete Kähler als Berichterstatterin.

Ursula Kähler [SPD]:

Das ist wiederum ein sehr einfaches Verfahren: Ich verweise auch hier auf die Vorlage, Herr Präsident!

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuß empfiehlt, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch das ist einmütig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Bericht der Fachklinik Heiligenhafen gemäß § 3 Absatz 3 des Fachklinikgesetzes

Drucksache 14/1658

Weil der Sozialausschuß dem Landtag zu allen Fachkliniken Bericht erstatten wird, soll dieser Bericht ohne Aussprache dem Sozialausschuß überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Rücknahme des Verordnungsantrages des Landes Schleswig-Holstein, Bundesrats-Drucksache 876/97

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1465

Bericht und Beschußempfehlung des Sozialausschusses

Drucksache 14/1669

Das Wort hat die Berichterstatterin des Sozialausschusses, Frau Abgeordnete Walhorn. - Ich sehe, daß auch Frau Abgeordnete Walhorn nicht hier ist.

(Dr. Gabriele Kötschau [SPD]: Der Innen- und Rechtsausschuß tagt noch!)

- Ja, aber wer kann den Bericht für den Sozialausschuß geben? - Frau Abgeordnete Hunecke, bitte!

Gudrun Hunecke [CDU]:

Herr Präsident! Ich bin stellvertretende Vorsitzende. Ich kann den Bericht nicht geben. Kann ich auf die Vorlage verweisen?

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das dürfen Sie. - Ich danke Ihnen. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

- Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist angenommen mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

Überarbeitung des Programms Arbeit für Schleswig-Holstein III (ASH III)

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1466

Bericht und Beschußempfehlung des Sozialausschusses

Drucksache 14/1670

Das Wort hat die Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Hunecke.

Gudrun Hunecke [CDU]:

Ich verweise wieder auf die Vorlage.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist wiederum nicht vorgesehen.

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Schnellbahnanbindung an den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1203

Bericht und Beschußempfehlung des Wirtschaftsausschusses

Drucksache 14/1675

Das Wort hat der Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herr Abgeordneter Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Der Wirtschaftsausschuß empfiehlt, daß die Landesregierung entsprechend der Vorlage erneut in die Verhandlungen mit der Freien und Hansestadt Hamburg eintritt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist ebenfalls nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Antrag in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Mobilitätsanalyse für die Beschäftigten der Landesbehörden in Kiel

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1122

Bericht und Beslußempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/1676

Das Wort hat erneut der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Der Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage zweimal beschäftigt. Nach mehrmaligem Vertagen hat er in der letzten Sitzung festgestellt, daß der Auftrag für eine Mobilitätsanalyse schon vergeben wurde. Deshalb hat man beschlossen - mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -, den Antrag für erledigt zu erklären.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Wir stimmen jetzt ab. Der Ausschuß hat empfohlen, den Antrag für erledigt zu erklären. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag des Ausschusses ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Meine Damen und Herren, nun müßten wir vielleicht doch unterbrechen, weil die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache abgehandelt sind.

Zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Astrup das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Ich schlage vor, daß wir dem Vorsitzenden des Eingabenausschusses Gelegenheit geben, seinen Bericht zu erstatten.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Haus ist einverstanden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Tätigkeitsbericht des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1998

Bericht des Eingabenausschusses
Drucksache 14/1584

Bevor ich dem Herrn Abgeordneten Poppdiecker das Wort erteile, will ich sehr herzlich die Besucherinnen und Besucher der Grone-Schule Kiel begrüßen, die auf der Tribüne Platz genommen haben. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Da die Besucher etwas später gekommen sind, will ich ihnen ganz kurz etwas erklären: Der Innenausschuß hat zu Beginn der Plenarsitzung noch getagt; deshalb konnte der erste Tagesordnungspunkt noch nicht abgehandelt werden. Aus diesem Grunde haben wir vorweg die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache abgehandelt.

Jetzt hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Poppdiecker, das Wort.

Gerhard Poppdiecker [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe fünf Minuten Redezeit. Ich hoffe, daß ich nicht die ganze Zeit überbrücken muß, bis der Innen- und Rechtsausschuß fertig ist.

(Abgeordneter Heinz Maurus [CDU] betritt den Plenarsaal)

- Kollege Maurus, schön, daß Sie da sind!

Wir haben im zweiten Quartal 1998 insgesamt sechs Sitzungen durchgeführt. In diesem Zeitraum sind 214 Eingaben eingegangen beziehungsweise lagen schon vor. Man sieht an dieser Zahl, daß die **Arbeitsintensität** sehr, sehr hoch ist.

Wir haben in diesem Zeitraum vier Gesprächsrunden zu verschiedenen Problemen durchgeführt und zwei **Ortstermine** abgehalten. Ortstermine beinhalten immer, daß wir für die Petenten vor Ort gehen und alle Behörden an einen Tisch bitten. Wir stellen immer wieder fest - ich habe das hier schon mehrfach gesagt -, daß wir damit die besten Erfolge erzielen in dem Bestreben, Kompromisse zu finden. Zwei Anhörungen haben wir im Haus durchgeführt.

Wir hatten allerdings auch den Fall, daß ein Ministerbüro erst davon überzeugt werden mußte, daß auch

(Gerhard Poppendiecker)

ein Minister zum Eingabenausschuß kommen muß, wenn der Ausschuß dies will. Das Büro war anderer Meinung.

(Beifall bei der SPD)

185 **Eingaben** haben wir abschließend behandelt. Davon konnten diesmal leider nur 20 positiv beschieden werden, allerdings 43 teilweise positiv. Dies entspricht einer Quote von insgesamt 34 %. Das ist sehr gut,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

wenn man überlegt, welch schwierige Fälle wir zu lösen haben.

115 Eingaben gingen leider negativ für die Petenten aus. Das liegt aber auch daran, daß viele Eingaben erst zu uns kommen, wenn Gerichte schon Urteile gefällt haben. Uns fällt auf, daß zur Zeit viele Eingaben aus dem Justizbereich kommen. Vor allem beschwert man sich über unwahrscheinlich lange Wartezeit bei den Gerichten.

Lassen Sie mich jetzt ein paar **Einzelfälle** darstellen, mit denen wir uns beschäftigt haben. Da gab es zum Beispiel die Petentin, die gern die gleiche **Feiertagsregelung** wie in den süddeutschen Ländern wollte. Das hieße: fünf Feiertage zusätzlich!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns sehr schwer getan. Eigentlich wollten wir mit dem Bußtag anfangen. Aber dann haben wir uns überlegt, daß wir es wohl doch nicht durchkriegen würden, fünf zusätzliche Feiertage einzurichten. Wir haben diese Eingabe leider absetzen müssen.

Nun ein Fall aus dem **Baurecht**: Da wollte ein Petent einen Zimmereibetrieb erweitern, was von der Behörde aber immer wieder abgelehnt wurde. Letztlich führte dies dazu, daß der Betrieb dichtmachen mußte und somit Arbeitsplätze verloren gingen. Bei solchen Fällen wünschten wir uns schon, daß die Behörden ein bißchen flexibler handeln und nicht immer nur sagen, das sei alles Rechtens. Vielleicht können sie die Tür doch einen ganz kleinen Spalt aufmachen, um Hilfestellung zu leisten. Oft kann man einen solchen Weg finden.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Wir beschäftigen uns im Landtag zur Zeit mit **Strukturreformen**. Strukturreform bedeutet auch: Vereinfachung in der Verwaltung. Dazu paßt folgender Fall: In einer Kulturscheune im Kreis Ostholstein werden in einem Jahr fünf gleichartige Musikveranstaltungen durchgeführt. Der Mensch, der diese Veranstaltung durchführt, mußte dafür fünf Baugenehmigungen vorlegen, immer mit dem gleichen Inhalt. Das füllt natür-

lich die Statistik - das ist völlig klar -, ist aber völlig sinnlos, weil es sich immer um die gleichen Baugenehmigungen handelt. Bei diesem Ortstermin haben wir erreicht, daß in Zukunft eine Baugenehmigung genügt. Nebenbei wurde noch Geld im Bereich des Feuerschutzes gespart.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Man kam nämlich zu einer Lösung, die die Feuerwehr und der Bürgermeister vorschlugen, und die Feuerwehr bekam gleich auch noch ein neues Fahrzeug. Das war natürlich ganz toll.

Ein ganz schlimmer Fall für uns, der uns allen weh tat, weil wir nicht helfen konnten - die Kollegin Peters wird das bestätigen -, war folgender: Da will jemand ein Haus bauen, und obwohl der Kreis schwere Bauchschmerzen mit der Entscheidung hat, bekommt er die **Genehmigung**, weil man dem Petenten zu seinem **Haus** verhelfen will. Aber dann kommt Opa und sagt zu dem Enkel: „Weeßt wat, wi set dat Hus nich dorhin, wo de Kreis dat hebbn will, wi set det mol dorhin, wo ick dat am besten find.“ - Das haben die dann auch gemacht. Fazit: Dieses Haus - ein wunderschönes Haus - wird jetzt abgerissen. Das ist ganz, ganz bitter. Aber wir konnten hier wirklich nicht helfen.

Eine andere Geschichte haben Sie der Presse entnommen: Ein **Radfahrer** fährt in Lübeck bei Rot über die Ampel. Die **Polizei** sieht das und hält ihn an. Jetzt hat er sich nicht darüber beschwert, daß die Polizei ihn angehalten hat, weil er bei Rot über die Ampel gefahren ist, sondern darüber, daß die Polizisten, die ihm einen Strafzettel geschrieben haben, mit ihrem Wagen im Parkverbot standen.

(Heiterkeit)

Das kann natürlich nicht sein.

Ich hätte noch ein paar interessante Fälle mehr, will jetzt aber nur noch auf das eingehen, was der Kollege Böttcher gestern sagte. Lieber Kollege Böttcher, auch der Eingabenausschuß geht vor Ort, auch der Eingabenausschuß hat Sprechstunden, regelmäßig alle vier Wochen in irgendeinem Ort unseres Landes. Wir bieten also unsere Dienste an und haben auch Erfolg dabei.

Jetzt leuchtet die rote Lampe. Das bedeutet, ich war wieder gut, Herr Präsident. Das wußte ich nicht. Wir müssen unser Licht wahrlich nicht unter den Scheffel stellen und werden auch in Zukunft so weiterarbeiten, wie wir es gewohnt sind. Uns allen macht die Arbeit Spaß, wir machen das weiter!

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. - Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, von dem Bericht des Eingabenausschusses Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Eingaben zu bestätigen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe erneut Tagesordnungspunkt 4 auf:

Fortsetzung der zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Beauftragte oder den Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/759

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/805

Bericht und Beschußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/1667

Das Wort hat jetzt der Berichterstatter des Innenausschusses, Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Innen- und Rechtsausschuß hat sich in zwei Sitzungen mit dem Gesetzentwurf befaßt und empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P., den Gesetzentwurf Drucksache 14/759 in der Fassung der rechten Spalte der Ihnen vorliegenden Gegenüberstellung anzunehmen. Änderungen des Gesetzentwurfs sind dort durch Fettdruck gekennzeichnet.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Damit eröffne ich die Einzelberatung. Das Wort hat der Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn es nicht ganz geschäftsordnungsgerecht ist, lassen Sie mich doch eine persönliche Bemerkung voranschicken. Ich freue mich, daß durch das Ergebnis der Bundes-

tagswahl eine Chance für die ausländischen Menschen in Deutschland eröffnet wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn eines steht sicherlich unstrittig mehr als fünf Jahre nach dem sogenannten Asylkompromiß fest: Der **Asylkompromiß** war bis heute eigentlich gar keiner. Kompromiß heißt gegenseitiges Nehmen und Geben. Davon war 1993 zwar die Rede, aber ihr folgte bisher nicht die Realität. Die CDU hat damals ihr Ziel voll erreicht, nämlich die Einschränkung des Asylrechts im Grundgesetz. Die SPD dagegen hat ihr damaliges Ziel bis heute nicht erreicht, insbesondere eben nicht das von ihr in die Verhandlungen eingebrachte und eingeforderte Gesetz zur Regelung einer geordneten Zuwanderung.

Jetzt besteht die Chance, das seit langem fällige **Zuwanderungsgesetz** im Bundestag endlich zu verabschieden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für die schon bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer können wir mit Blick auf Bonn endlich auch eine eher ausländerfeindliche Parole ausländerfreundlich uminterpretieren: Ja, auch wir wollen die Zahl der Ausländer in Deutschland und Schleswig-Holstein reduzieren, und zwar durch ein modernes **Staatsangehörigkeitsrecht**, das Ausländerinnen und Ausländer, die schon lange bei uns leben und integriert sind, zu deutschen Mitbürgern und Mitbürgerinnen macht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall beim SSW)

Was hat das alles mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf zu tun? - Ich will es erläutern. **Ausländerrecht** ist zwar im wesentlichen Bundesrecht. Das Bundesrecht aber wird ganz konkret hier bei uns im Lande umgesetzt durch den Innenminister und die Ausländerbehörden, und genau hier setzt eine der Hauptaufgaben des **Flüchtlingsbeauftragten** für Schleswig-Holstein ein. Ihm wird es obliegen, bei der Umsetzung des Bundesrechts durch die Landesbehörden konkret und aktiv mitzuwirken und bei der Formulierung von Landesverordnungen und Erlassen mitzuhelpfen. Er wird darauf achten können, daß die im Ausländergesetz vorhandenen Entscheidungsspielräume von den Ausländerbehörden unseres Landes

(Klaus-Peter Puls)

generell ein wenig ausländerfreundlicher ausgelegt werden, als es bisweilen geschieht.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ihm steht dabei ein umfassendes Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht zur Verfügung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott!)

Er wird auch bei landespolitischen Konzepten und Programmen zur Integration der bei uns lebenden ausländischen Menschen zu Rate zu ziehen sein.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Und weil dies einer der Haupteinwände ist: Der **Flüchtlingsbeauftragte** wird keine Konkurrenz zur **Härtefallkommission** und zum **Eingabenausschuß** sein, wo ja auch schon heute Ausländerrechtsfälle behandelt und verhandelt werden. Denn in der Härtefallkommission und im Eingabenausschuß geht es immer um ganz konkrete Einzelfälle, meist um eine drohende Abschiebung oder um Härtefälle, die aus humanitären Gründen dort verhandelt werden und wo man glücklicherweise hin und wieder eine Lösung findet.

In diesen Fällen soll, wird und kann der neue Flüchtlingsbeauftragte nach dem von uns vorgeschlagenen ausdrücklichen Gesetzeswortlaut gar nicht tätig werden. Auch die Einzelberatung und Betreuung von Flüchtlingen und Flüchtlingsfamilien wird in den bewährten Händen der Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsorganisationen verbleiben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann können wir alles nur noch beraten!)

- Herr Kubicki, der Flüchtlingsbeauftragte wird hier nur vermittelnd und auf Wunsch koordinierend tätig sein.

Eine weitere Hauptaufgabe, die ihm obliegt, wird eine organisierte, massive öffentliche **Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit** sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kostet Geld!)

Aufklärung darüber, daß Ausländer und Ausländerinnen bei uns mit ihrer Arbeitskraft, mit ihren Steuerzahlungen und ihren Beiträgen zum sozialen Sicherungssystem zu unserem eigenen Wohlstand beitragen und unsere deutsche Gesellschaft nicht nur sozial und kulturell, sondern zählbar und nachweisbar auch wirtschaftlich bereichern!

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können wir nicht selbst machen, Herr Puls?)

Aufklärung auch darüber, Herr Kubicki, daß wir ange-sichts der demographischen Entwicklung der deutschen Bevölkerung mittel- und langfristig zur Sicherung unseres Wirtschafts- und Sozialsystems auf Zuwanderung geradezu angewiesen sein werden!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Diese Aufgaben können wir nicht selbst leisten?)

Es wird die Aufgabe des Flüchtlingsbeauftragten sein, Vorurteile abzubauen, gegen die mitten in der **Gesellschaft** nach wie vor vorhandene „Ausländer-raus“-Mentalität und Fremdenangst argumentativ und offensiv vorzugehen und auf diese Weise dazu beizutragen, daß die parlamentarischen Chancen rechtsradikaler Gruppierungen in unserem Lande möglichst auf null reduziert werden.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen Sie jetzt doch über - - !)

Auch über Geld wird zu reden sein, über Geld werden wir im Rahmen der Haushaltsberatungen reden. Wir wollen auch mit Rücksicht darauf, daß eine chronische Finanzenge in unserem Lande besteht, kein neues hochdotiertes Hauptamt schaffen. Der **Flüchtlingsbeauftragte** wird ehrenamtlich tätig sein und lediglich eine **Aufwandsentschädigung** erhalten. Zur Erfüllung seiner Aufgaben werden wir ihm die notwendige Sach- und Personalausstattung zur Verfügung stellen. Da wir die Erfüllung der Aufgabe für wichtig und erforderlich halten, werden wir selbstverständlich auch für die notwendige Finanzierung sorgen.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Wolfgang Baasch [SPD] sowie bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir freuen uns, daß uns mit Pastor Helmut Frenz, den ich in der Besucherloge herzlich begrüßen darf,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

ein Mann zur Verfügung stehen wird, der mit seinen Erfahrungen ein Garant ist für eine effektive und erfolgreiche Flüchtlingsarbeit im Sinne unseres Gesetzentwurfes. Ich möchte alle Fraktionen dieses Hohen Hauses und alle demokratischen Parteien in Schleswig-Holstein dazu aufrufen, dem Flüchtlings-

(Klaus-Peter Puls)

beauftragten ihre uneingeschränkte Unterstützung zu geben.

Integration ist eine parteiübergreifende, gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh mein Gott!
Die Integration nehmen wir selbst wahr!)

Lassen Sie uns gemeinschaftlich daran arbeiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir von der CDU-Landtagsfraktion halten die Schaffung der Stelle eines sogenannten **Flüchtlingsbeauftragten** für überflüssig, und wir bemängeln auch die Kosten, die in diesem Zusammenhang zusätzlich für den Landeshaushalt entstehen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich möchte Ihnen heute diese Position noch einmal kurz begründen.

Erstens. Im Unterschied zu anderen Bundesländern, Frau Kähler, gibt es in Schleswig-Holstein bereits heute eine ganze Reihe von Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber, die der Staat unterhält oder finanziell unterstützt. Ich nenne hier exemplarisch die sogenannte **Härtefallkommission**, die jährlich mit 200.000 DM zu Buche schlägt, und den **Flüchtlingsrat e.V.**, der jährlich mit 192.000 DM gefördert wird. Darüber hinaus gibt es außerdem die **Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten**, den **Eingabenausschuß**, dessen Bericht wir eben gehört haben, sowie die eigentlich zuständigen **Ausländerbehörden** in diesem Lande.

(Zuruf von der CDU: So ist es! - Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und 75 Abgeordnete im Landtag gibt es dafür auch noch!)

Für die meisten Bundesländer sind die Ausländerbehörden die nach wie vor einzige legitimierten und mit der notwendigen Fachkompetenz ausgestatteten zuständigen Behörden.

Des weiteren gibt es auf **Bundesebene** überdies eine **Ausländerbeauftragte** sowie den **Petitionsausschuß** des Bundestages, an die sich Flüchtlinge und Asylbewerber ebenfalls wenden können. Das heißt, wir haben

hier einen unheimlich dicht gestaffelten Aufbau an Möglichkeiten, wie es ihn in keinem anderen demokratischen Land dieser Erde gibt. Zu diesem an sich schon dichten Geflecht an Institutionen kommen schließlich noch viele weitere **private Vereine und Organisationen** vor Ort hinzu.

Die „Kieler Nachrichten“ stellen deshalb völlig zu Recht fest - ich zitiere :-

„Kaum ein anderer Bereich ist schon jetzt so nachhaltig abgesichert wie die Flüchtlingspolitik.“

(Holger Astrup [SPD]: Gott sei Dank!)

Zweitens. Der Flüchtlingsbeauftragte soll nicht tätig werden in Angelegenheiten, mit denen bereits die Härtefallkommission, die Bürgerbeauftragte oder der Petitionsausschuß des Landtages oder des Bundestages befaßt war oder ist. - Das steht so in Ihrem Gesetzentwurf. Auch die Zuständigkeiten der Behörden bleiben unberührt. So steht es in den §§ 2 und 3 Ihres Gesetzentwurfs.

Was bleibt, ist somit entsprechend wenig, im wesentlichen nämlich die Funktion der **Öffentlichkeitsarbeit** oder - auf Neudeutsch - „Public relations“. Dies hat der Kollege Böttcher in der ersten Lesung klipp und klar deutlich gemacht. Dafür brauchen wir allerdings - das ist jedenfalls die Auffassung der CDU-Landtagsfraktion - in Schleswig-Holstein keinen zusätzlichen Beauftragten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen - es gibt keine nachweisbare Notwendigkeit für einen Flüchtlingsbeauftragten in Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein neues Propagandaministerium!)

Schon früher ist deutlich geworden, worum es Ihnen in Wahrheit geht. Es geht darum, daß der zweite Teil eines mehr als fragwürdigen Tauschgeschäfts zwischen SPD und Grünen durchgezogen wird. Mit dem Ja zum Flüchtlingsbeauftragten belohnt die SPD die Zustimmung der Grünen zur Trennung der Volksabstimmung über den Buß- und Betttag vom Termin der letzten Kommunalwahl.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der CDU: So ist es!)

Frau Fröhlich hat das hier zu Beginn der Plenartagung am Mittwoch noch einmal deutlich gemacht, wie es zu der Trennung dieses Termins gekommen

(Peter Lehnert)

ist. Das sollten wir hier auch der Vollständigkeit oder der Ehrlichkeit halber erwähnen; das gehört mit dazu.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie doch ein wenig lernen und nicht immer auf den falschen Behauptungen beharren würden! Das halte ich für eine Frechheit!)

Schon heute haben wir im Land nicht weniger als acht Beauftragte; dafür tragen Sie, Frau Fröhlich, auch die Verantwortung.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jedes Jahr werden 4,5 Millionen DM an **Steuergeldern** für die bisherigen **Beauftragten** ausgegeben. Dennoch wollen Sie trotz Ihres Offenbarungseides in der Finanzpolitik den Haushalt mit dieser neuen Einrichtung zusätzlich finanziell belasten.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Hat die Bundesregierung keinen Ausländerbeauftragten?)

Landauf, landab beklagen Sie die schlechte finanzielle Situation des Landes,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ha, ha, ha!)

fordern von Kreisen und Kommunen Ausgabendisziplin und wollen ihnen neuerdings sogar mit einem zusätzlichen Vorwegabzug im kommunalen Finanzausgleich direkt in die Taschen greifen. Selbst vor verfassungswidrigen Tricks schrecken Sie bei Ihrer Haushaltsgestaltung nicht zurück; ich erinnere hier nur an die Müllmark und den Immobiliendeal.

(Beifall bei der CDU)

Andererseits geben Sie enorme Summen für Beauftragte aus. Diese Politik ist nicht nur unglaublich, sondern in hohem Maße verantwortungslos.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dummes Zeug! - Beifall bei der CDU - Wortmeldung der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Ich kann es Ihnen in diesem Zusammenhang nicht ersparen, noch einmal aus den „Kieler Nachrichten“ vom 4. Juni 1997 zu zitieren: Gegenüber einer Öffentlichkeit, der Vater Staat allenthalben bittere Sparopfer abverlangt, sei die Berufung eines Flüchtlingsbeauftragten schlicht ein Skandal.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta

Herr Abgeordneter Lehnert, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave?

Peter Lehnert [CDU]:

Nein, Herr Präsident!

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Feigheit!)

An der Richtigkeit dieser Feststellung hat sich bis heute nichts geändert. Auch das Urteil der „Lübecker Nachrichten“, die von - ich zitiere - „teurem Unfug“ sprachen, ist nach wie vor gerechtfertigt.

(Anhaltender Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich auf einen letzten Punkt eingehen. Ich halte es für einen schlechten parlamentarischen Stil, daß Sie den Beauftragten für die Dauer von sechs Jahren bestimmen wollen, also weit über die Dauer dieser Legislaturperiode hinaus. Ich halte dies für eine Arroganz der Mehrheitsfraktionen von SPD und Grünen, die sich auch darin widerspiegelt, daß sie ihren **Gesetzentwurf** hier einbringen, ohne die entsprechenden **Folgekosten** konkret zu benennen. Herr Puls hat ja gesagt, Sie würden das im Laufe der Haushaltsberatungen tun; Sie tun es aber nicht hier und heute, wo über den Gesetzentwurf entschieden wird. Das halte ich für einen Fehler. Ich darf Herrn Kollegen Puls an sein Versprechen erinnern, das er im Rahmen der ersten Lesung hier im Landtag im Juni 1997 an dieser Stelle abgegeben hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein kurzes Gedächtnis!)

Damals sagte er, daß die Regierungsfraktionen - ich zitiere - „in den Ausschußberatungen und rechtzeitig zur zweiten Lesung“ einen Vorschlag zur Kostenfrage machen würden.

(Zuruf von der CDU: Alles Schall und Rauch!)

Auf diesen Vorschlag warten wir bis heute; das ist über ein Jahr her. Er liegt noch immer nicht vor, aber dafür haben SPD und Grüne bereits ihren Wunschkandidaten der Öffentlichkeit vorgestellt. Über diese Vorgehensweise sollten Sie einmal selbstkritisch nachdenken.

Die Art und Weise, wie hier erneut von Rot-Grün Klientelpolitik betrieben wird,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Peinlich, was Sie da sagen! Wirklich peinlich!)

(Peter Lehnert)

halte ich für einen schlechten politischen Stil in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU)

Aufgrund dieser Vielzahl von Argumenten ist es nur logisch, daß wir Ihren Gesetzentwurf heute ablehnen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist nur ein Zeichen für ein schlechtes Gewissen in eurer Asylpolitik!)

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Manchmal kann man - wenn ich so die Kritik von seiten der **Opposition** höre, insbesondere die von Herrn Kubicki - diese **Kritik** so zusammenfassen: Man darf sich nur eine Beauftragtenstelle für Flüchtlinge, Minderheiten und Ausländer leisten, wenn man eine schlechte Ausländerpolitik macht. Das halte ich für absolut falsch.

(Ursula Röper [CDU]: Wieso das denn? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben Sie gesagt!)

Das ist absolut falsch. - Ja, das habe ich gesagt. Das ist - zusammengefaßt - Ihre Kritik.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In der ersten Lesung haben Sie das gesagt! - Ursula Röper [CDU]: Das haben Sie doch gerade gesagt!)

- Aber, Herr Kubicki, hören Sie weiter zu.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich erkläre das gleich!)

Die Gewährung von Asyl ist und bleibt eine humanitäre Verpflichtung für unser Land, und die **Integration** der hier lebenden **Ausländer** ist eine Zukunftsaufgabe, der wir uns stellen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Dies müssen wir nicht nur deshalb tun, weil eine nicht erfolgte Integration sozialen und gesellschaftlichen Sprengstoff birgt, sondern auch deshalb, weil wir aufgrund der demographischen Entwicklung - das hat Herr Puls ebenfalls schon gesagt - eine **Zuwanderung** brauchen, um künftige **Rentnergenerationen** zu ernähren. Wer über Schleswig-Holstein im 21. Jahrhundert diskutieren will und dabei mitreden

will, muß zur Kenntnis nehmen, daß die Gesellschaft von morgen nicht die von gestern ist.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Im zweiten Zwischenbericht der Bonner Enquetekommission „Demographischer Wandel“ wird bis zum Jahre 2040 prognostiziert, daß einerseits die Wohnbevölkerung aufgrund der niedrigen Geburtenrate auf 66 Millionen bis 79 Millionen Menschen absinken wird und der Umfang der ausländischen Wohnbevölkerung von 7,5 Millionen auf zwischen 10 Millionen und 20 Millionen Menschen steigen wird. Deshalb ist die Einrichtung eines **Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen** eben kein überflüssiger Luxus, sondern ein notwendiger Beitrag zur **Zukunftssicherung** unserer Gesellschaft. Diese Notwendigkeit, einen Beauftragten für Migranten und Flüchtlinge zu bestellen, der für die Belange dieser Menschen eintritt, wurde ja bereits in 13 von 16 Bundesländern gesehen, übrigens auch von der scheidenden Bundesregierung.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit der heutigen Verabschiedung des Gesetzentwurfs über den Beauftragten gehen wir keinen Sonderweg, sondern wir schaffen in Schleswig-Holstein auch ein Stück Normalität.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Wir haben mit Helmut Frenz einen Kandidaten,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Starke Veranstaltung!)

der dieses Amt kompetent und glaubwürdig ausfüllen kann und dies auch noch ehrenamtlich tun wird. Ich möchte seine Aufgaben noch einmal kurz erläutern. Das wichtigste sind **Aufklärung** und **Öffentlichkeitsarbeit**. Es ist immer wieder festzustellen - auch im letzten Wahlkampf -, daß Migranten und Flüchtlinge wie zunehmend auch Aussiedler und Aussiedlerinnen als Sündenböcke für eine Politik herhalten müssen, für die sie nicht verantwortlich sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Quatsch!)

Wenn Migranten und Flüchtlinge mit pauschalen Vorurteilen für gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht werden, obwohl Zahlen und Fakten

(Matthias Böttcher)

das Gegenteil belegen, dann tun Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit offensichtlich dringend not.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das müssen Sie einmal Herrn Glogowski erzählen!)

- Wie bitte?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das müssen Sie Herrn Glogowski von der SPD in Niedersachsen erzählen!)

- Ich bin nicht für Herrn Glogowski verantwortlich. Vielleicht läßt er sich dann ja auch von den Äußerungen eines Flüchtlingsbeauftragten aus Schleswig-Holstein eines Besseren überzeugen. Genausowenig wie Sie für jeden F.D.P.-Menschen in der Bundesrepublik verantwortlich sind, sind wir für Sozialdemokraten in anderen Bundesländern verantwortlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Wir auch nicht! - Heiterkeit)

Der zweite wichtige Punkt ist, daß der Beauftragte an **Rechtsetzungsvorhaben** mitwirken soll. Es geht darum, daß bestimmte Gesetze doch von Bundesland zu Bundesland immer wieder unterschiedlich interpretiert werden, daß es dabei Unklarheiten gibt, so daß es durchaus sinnvoll ist, jemanden zu haben, der sich auch dafür einsetzt, daß gesetzliche Regelungen zugunsten von betroffenen Menschen ausgelegt werden.

Der dritte Punkt ist, daß der Beauftragte die vorhandenen **Bürgerinitiativen, Einrichtungen, Vereine und Verbände** dabei unterstützen soll, ihre Aktivitäten zu vernetzen, zu koordinieren und zu effektivieren. Sie brauchen **Unterstützung** in diesem Punkt.

Die Vorschrift, die ursprünglich im Gesetzentwurf enthalten war und nach der die Beratung von Einzelpersonen, Familien und Institutionen durchgeführt werden soll, wurde einvernehmlich gestrichen. Ich glaube, Sie können sich nicht darüber beschweren, daß wir berechtigter Kritik an dem Gesetzentwurf, auch was die Kosten angeht, nicht nachgegeben haben.

Seitens der Opposition wurde immer kritisiert - auch heute war es wieder der Fall -, der Flüchtlingsbeauftragte sei das fünfte Rad am Wagen und damit überflüssig. Aber es ist eben nicht so. Der Flüchtlingsbeauftragte ist Teil eines Gesamtkonzepts, dessen einzelne Initiativen sich ergänzen und sich nicht überflüssig machen.

Die von der Landesregierung eingerichtete Härtefallkommission hat sich bewährt, da sie als letzter Strohalm einzelne Menschen vor der drohenden Abschiebung bewahrt hat. Wir haben damit begonnen, ein

Zentrum für Gewalt und Folteropfer zu finanzieren, damit Flüchtlinge eine notwendige Behandlung ihrer Traumatisierung erfahren. Für die Arbeit der Vereine und Verbände wurde seit 1997 zusätzlich Geld bereitgestellt.

Auch der **Eingabenausschuß** befaßt sich mit Asylfällen. Ich finde es sehr erfreulich, daß in den letzten zwei Jahren die Sensibilität gegenüber Asylpetitionen spürbar gestiegen ist. An diesen Fällen wird aber auch deutlich, daß es hier im wesentlichen um Einzelfallhilfe und um Beratung einzelner Flüchtlinge, Ausländer und Aussiedler, aber eben nicht um den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit geht, die eine der Hauptaufgaben des Beauftragten sein wird. Ich sage: Wir brauchen beides. Die Betroffenen werden zwar beraten und betreut; es nützt ihnen aber wenig, wenn diese Gesellschaft ihnen, bildlich gesprochen, ein Schild mit der Aufschrift „Ausländer raus!“ vor die Tür ihrer Beratungsstelle stellt.

Integration ist eben keine Einbahnstraße. Dafür bedarf es einer gesellschaftlichen Basis, die diese Menschen aufnehmen und annehmen will, anstatt sie auszgrenzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie mögen recht haben: Dies wird der Beauftragte allein nicht schaffen. Es ist eine Zukunftsaufgabe für uns alle, bei der gegenseitige Unterstützung erforderlich ist, um ihr gerecht werden zu können.

Ich möchte zum Abschluß noch etwas zu den **Finanzen** sagen. Angesichts einer schwierigen Haushaltssituation ist es natürlich klar, daß man die Frage stellen muß, was wir uns noch leisten können, was wir uns noch leisten wollen und was notwendig ist.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Unser Vorschlag, das Amt ehrenamtlich auszuüben, stellt eine kostengünstige Lösung dar. Sie wird insgesamt weniger kosten, als der Ausländerbeauftragten des Landes Berlin allein für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung steht. Die Ausländerbeauftragte des Landes Berlin - ein Land, das von einer Großen Koalition regiert wird, vielleicht einmal ohne Beteiligung der F.D.P.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und der Grünen!)

und der Grünen; es ist trotzdem zahlungsunfähig -

(Heiterkeit)

(Matthias Böttcher)

hat allein für die Öffentlichkeitsarbeit ein Finanzvolumen von 350.000 DM zur Verfügung. Darüber hinaus steht ihr ein komplett ausgestattetes Büro mit mehreren Mitarbeitern zur Verfügung, die ein Mehrfaches von dem kosten; nur mit dem Unterschied, daß Barbara John Beauftragte der Landesregierung ist. - Nein, nicht nur der CDU.

Der zweite Unterschied besteht darin, daß dieser Landesregierung ein Innenminister angehört, der alles andere als eine ausländerfreundliche Politik macht - im Gegensatz zu Herrn Wienholtz hier im Lande.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Insofern glaube ich, daß der Beauftragte des Landtages, Herr Frenz, mit dieser Landesregierung eine bessere Ausgangsbasis für seine Arbeit hat. Ich wünsche ihm und uns eine erfolgreiche Arbeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Böttcher hat bei der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs einen blindwütigen Rundumschlag gegen die christlich-liberale Bundesregierung geführt.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das brauche ich jetzt doch nicht mehr zu tun!)

- Herr Kollege Böttcher, Sie haben zur Begründung ausgeführt, daß diese Stelle nicht nötig wäre, wenn wir nicht vor dem Trümmerhaufen einer Ausländer- und Flüchtlingspolitik stünden, die Integration systematisch verhindert und das Asylrecht in einem Atemzug mit Mißbrauch nennt, wenn sich Bonn nicht jedem Vorschlag zu einer Verbesserung der Situation verweigerte und Ausländer nicht zu Sündenböcken für den Mangel an Arbeitsplätzen gemacht würden.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es braucht Generationen, bis die Trümmer beseitigt sind!)

- Frau Kollegin Fröhlich, ganz abgesehen davon, daß Sie die Liberalen damit nicht gemeint haben können, müßten Sie Ihren Antrag nach dem Ergebnis der Bundestagswahl zurückziehen.

Wie wir alle wissen, beginnt in wenigen Tagen in Bonn das „Goldene Zeitalter“. Ich bin mir sicher: Der - noch - Schatten-Innenminister Otto Schily, der Ver-

fechter des großen Lauschangriffs und des Asylkompromisses, wird die große Ära der Ausländerintegrations einläuten.

Aus der Sicht der F.D.P.-Fraktion gibt es keinen vernünftigen Grund, eine solche Stelle einzurichten. Ich habe es bereits anlässlich der ersten Lesung hier im Hause gesagt; ich wiederhole es heute wieder. Wer glaubt, daß der **Beauftragte** ideologisch verbohrte Ausländerhasser überzeugen kann, die - fern jeglicher Realität - fest davon überzeugt sind, daß **Aussiedler, Asylanten und Flüchtlinge** „unerwünschte Schmarotzer“ sind und auf Kosten des deutschen Steuerzahlers leben, überschätzt den Einfluß einer Einzelperson völlig - bei allem Respekt, den ich vor dem dahinterstehenden Anliegen und dem Kandidaten habe. Das ist gefährlich naiv.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Es hilft nur dem schlechten rot-grünen Gewissen, diese Beauftragtenstelle einzurichten. Oder, Frau Kollegin Erdsiek-Rave, erklären Sie von hier aus, daß Sie, die SPD in Schleswig-Holstein, den Asylkompromiß, der gefunden worden ist, wieder aushebeln und das alte Asylrecht wieder einführen wollen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Auswertung der Anhörungsunterlagen hat die F.D.P.-Fraktion in ihrer Haltung bestärkt. Nahezu einhellig wird von dem Beauftragten erwartet, parteiisch die Interessen von Flüchtlingen, Migranten oder Aussiedlern zu vertreten. Die positive Einstellung der Interessengruppen kann ich aus deren Sicht sehr gut nachvollziehen, aus der Sicht des Parlaments überhaupt nicht. Ich frage die Kolleginnen und Kollegen ernsthaft, warum sie in diesem Haus sitzen. Kollege Puls, ich habe gehört, was Sie gesagt haben. Ist alles das, was Herr Kollege Frenz tun soll, nicht auch Ihre Aufgabe, nicht auch meine Aufgabe, nicht auch unsere Aufgabe?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Warum muß ein **Beauftragter** installiert werden, der die ureigenste Aufgabe des Parlaments übernimmt: die Artikulation und den Ausgleich von **gesellschaftlichen Interessen**?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Einrichtung ist ein Armutzeugnis für Sie und Ihre Fähigkeit, diese für Sie wichtigen Positionen in den politischen Prozeß einzuspeisen und einmal Gesetze zu machen, statt immer nur Deklamationen abzugeben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Anstatt Ihrer Aufgabe als gewählte Parlamentarier nachzukommen, drücken Sie sich vor dem Diskurs und installieren einen Beauftragten. Sie haben die Mehrheit in diesem Haus. Sie haben die Kompetenz, Dinge zu verändern. Sie tun es nicht, aus welchen Gründen auch immer.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ihnen, Frau Kollegin Fröhlich, kommt es nur auf die Optik, nicht auf die Inhalte an.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich kann mich nicht daran erinnern, jemals über einen Gesetzentwurf beraten zu haben, der mehr Punkte enthält, wann jemand nicht tätig werden darf, als umgekehrt.

Bei allem Respekt, den ich vor der Person Helmut Frenz habe, soll er eine Stelle führen, die nicht tätig werden darf, wenn vorher bereits die **Härtefallkommission, die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, der Petitionsausschuß** des Bundestages und der **Eingabenausschuß** des Landtages mit einem Vorgang befaßt waren. Damit ist die Beauftragtenstelle in der Tat nur das fünfte Rad am Wagen.

Selbst die individuelle Beratung, die der Beauftragte nach dem Ursprungsentwurf durchführen sollte, ist - richtigerweise - aus seinem Aufgabenkatalog gestrichen worden. Jetzt soll er Beratung nur noch vermitteln.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave?

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Ich würde es gern tun; aber es ist nur ein Fünf-Minuten-Beitrag, Frau Kollegin Erdsiek-Rave, und ich möchte ihn gern zu Ende führen.

Aber selbst diese Tätigkeit ist verzichtbar, wie die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Landeswohlfahrtsverbände zeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen, der gesamte Beratungsgang dieses Gesetzentwurfs war von einem schlechten Stil geprägt. Herr Frenz wurde nicht als Kandidat, sondern bereits als Flüchtlingsbeauftragter präsentiert. Kollege Puls hat sich hierfür im Innen- und Rechtsausschuß entschuldigt, was die Koalitionsfraktionen aber nicht daran hindert, im gleichen Stil fortzufahren.

Sie haben nach wie vor - trotz Ihrer Ankündigung - keinen **Finanzierungsnachweis** für die Stelle er-

bracht. Wenn sie denn so bedeutend ist, Herr Kollege Böttcher, dann frage ich mich in der Tat, warum Sie vom Hauptamt auf das Ehrenamt übergegangen sind. Der Beauftragte wird - auch das ist neu in das Gesetz eingefügt worden - ehrenamtlich tätig sein. Gleichzeitig ist aber im Gesetz aufgeführt, daß er eine eigene **Personal- und Sachausstattung** erhält. Was spricht dagegen, mit der Verabschiedung des Gesetzes zu warten, bis die Kosten für die Stelle im Nachtragshaushalt ausgewiesen sind? Nichts, außer daß Sie sich der Diskussion über die Kosten Ihrer Politik entziehen wollen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nachschiebeliste!)

Ich fordere die Regierungsfraktionen an dieser Stelle noch einmal auf, Herr Kollege Nabel: Verzichten Sie auf Ihre symbolische Politik! Wenn Sie es wirklich ernst meinen - was ich glaube -, dann finanzieren Sie Integrationshilfen und keine neue Bürokratie!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die erste Lesung des Gesetzes fand am 12. Juni 1997 statt, also vor mehr als einem Jahr. Das sagt etwas über den schwierigen Werdegang dieser Initiative aus. Inzwischen hat die Bundestagswahl stattgefunden, und es besteht Anlaß zur Hoffnung, daß wir endlich ein modernes **Staatsbürgerschaftsrecht** bekommen, daß sich die **Ausländerpolitik** in dieser Republik endlich bewegt und daß wir dann hoffentlich auch endlich das bekommen, wofür sich SSW und SPD seit langem einsetzen - die Reihenfolge müßte von den Größenverhältnissen her vielleicht anders sein. Wir haben uns 1989 zusammen für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer in Schleswig-Holstein eingesetzt. Auch dieses Gesetz wurde über das Bundesverfassungsgericht gekippt. Darum bleibe ich bei meiner schon mehrfach geäußerten Auffassung: Politische Fragen müssen mit politischen Mitteln gelöst werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Darüber können wir ein anderes Mal diskutieren.

Der **SSW** hatte zum vorliegenden Gesetzentwurf einen **Änderungsantrag** eingebracht. Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, daß ich mich in

(Anke Spoerrendonk)

meinem Redebeitrag noch einmal mit unserem Änderungsantrag auseinandersetze. Ich möchte selbstkritisch vorausschicken, daß er nicht bei allen Angehörten auf Gegenliebe gestoßen ist. Das hängt mit den Aufgaben eines oder einer Beauftragten zusammen, die je nach ursprünglichem Gesetzentwurf oder Änderungsantrag unterschiedlich ausfallen.

Wir haben uns bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs aus zwei Gründen dafür entschieden, diesen Änderungsantrag zu stellen. Zum einen wurde zu dem Zeitpunkt eine Haushaltssperre verhängt, die zu existentiellen Problemen für Vereine und Verbände führte. Wir wollten vermeiden, daß eine Stelle geschaffen wird, die Geld kostet, das im Zweifelsfall nicht für die Verbände und Vereine zur Verfügung steht, die sich der Probleme von Flüchtlingen, von Asylsuchenden und von Zuwanderern annehmen.

Die zweite Ursache für unseren Änderungsantrag war grundsätzlicher Natur. Wir sind ganz übergeordnet der Auffassung, daß eine zentrale Anlaufstelle nötig ist, an die sich alle Menschen in diesem Bundesland mit all ihren Problemen wenden können. Es ist Ihnen ja bekannt, daß wir uns schon damals um eine Ausweitung der Befugnisse der Bürgerbeauftragten bemüht haben und daß das aus unserer Sicht immer noch wünschenswert ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wäre dann auch sinnvoller!)

Soviel zu den beiden Gründen, die den SSW seinerzeit bewogen haben, einen Änderungsantrag zu stellen.

Seither hat sich das Blatt gewendet. Der Gesetzentwurf von SPD und Bündnisgrünen ist mittlerweile erheblich abgespeckt worden, weil der ursprünglich geplante hauptamtliche Beauftragte nun ein ehrenamtlich tätiger Beauftragter werden soll. Deshalb möchte ich heute noch einmal versuchen, für unseren Änderungsantrag zu werben. Mir ist natürlich bewußt, daß die Beschußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses etwas anderes vorsieht. Ich möchte trotzdem noch einmal für unseren Antrag werben, und zwar aufgrund einer weiteren Änderung gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf, die Anlaß zur Sorge bietet. Ich spreche die Einschränkung an, daß der Beauftragte nicht mehr die Beratung von Einzelpersonen, Familien und Institutionen zur Aufgabe hat, sondern diese Beratung nur noch vermitteln soll.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir vertreten - Sie erinnern sich - die Auffassung, daß gerade die Beratung, die Hilfestellung gegenüber Betroffenen als Hauptaufgabe im Vordergrund stehen sollte. Das war überhaupt der Grund dafür, daß wir

die Meinung vertreten haben, hier sei die Bürgerbeauftragte eine klare Alternative. Uns war bewußt, daß die Bürgerbeauftragte die **Öffentlichkeitsarbeit**, die für die **Beauftragtenstelle** vorgesehen ist, nicht wahrnehmen kann. Das habe ich hier auch schon betont.

Bei der jetzt vorliegenden Beschußempfehlung möchte ich aber erneut die Frage stellen, wie im Sinne der Flüchtlinge, der Asylsuchenden und der Zuwanderer prioritär behandelt werden soll, wenn das Ziel ist, diesen Gruppen zu helfen. In unsere Überlegungen muß zwangsläufig die Frage einfließen, was für die Betroffenen am wichtigsten ist.

Das ist einerseits die Öffentlichkeitsarbeit. Der Abbau von diskriminierendem Verhalten in der Bevölkerung kann möglicherweise mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit gewährleistet werden. Der oder die Beauftragte soll so dazu beitragen, Diskriminierung abzubauen. Das steht ja auch im Gesetzentwurf. Eine solche Öffentlichkeitsarbeit paßt natürlich nicht in den Tätigkeitsbereich der Bürgerbeauftragten. Diese Aufgabe würde sie nicht erfüllen können.

(Unruhe)

Bei der heutigen Debatte sollten wir aber nicht außer acht lassen, daß zwischenzeitlich die Bundestagswahl stattgefunden hat. Ein Programmmerkmal der Koalition auf Bundesebene wird voraussichtlich - das ist angekündigt worden - die Schaffung eines Antidiskriminierungsgesetzes sein. Wie immer man dazu stehen mag - es besteht zur Zeit Hoffnung, daß die neue Bundesregierung Initiativen anschließen wird, die Vorstöße gerade im Bereich einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit mit sich bringen werden. Auch das sollten wir berücksichtigen.

(Anhaltende Unruhe)

Der Innen- und Rechtsausschuß hat eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Anhörung sollten ebenfalls Einfluß auf unsere Entscheidung haben. Mein Eindruck ist, daß sich wie ein roter Faden quer durch die eingeholten Meinungen das Bedauern hindurchzieht, daß die Mittel für konkrete Hilfestellungen immer geringer geworden sind, während sich die Bedingungen für die betroffenen Menschen immer weiter verschärft haben. Während der Städtebund die Verbesserung der Interessenwahrnehmung anmahnt, machen die Wohlfahrtsverbände deutlich, daß insbesondere Hilfen im sozialen Sektor zunehmenden Kürzungen unterliegen.

(Anhaltende Unruhe)

(Anke Spoerendonk)

Das Zentrum für Behandlung, Beratung und Psychotherapie von Folter-, Flucht- und Gewaltopfern in Schleswig-Holstein fordert Abhilfe bei Alltagsproblemen ein. Die Regionalgruppe „Den Krieg überleben - Hilfe für bosnische Flüchtlinge“ fordert, ein Beauftragter sollte Flüchtlingen bei konkreten, individuellen Problemen weiterhelfen. Die Zuständigkeit von Kommunal-, Landes- und Bundesbehörden sei für die Betroffenen häufig nicht durchschaubar.

(Anhaltende Unruhe)

Diese Aussagen verstehe ich so, daß sich der Bedarf nicht in erster Linie auf eine durchzuführende Öffentlichkeitsarbeit erstreckt, sondern daß konkrete **Hilfestellungen** bei auftretenden Alltagsschwierigkeiten erwünscht sind.

Auf diesem Weg kehre ich nun wieder zur Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten zurück. Man kann sich telefonisch an sie wenden. Sie ist für alle Hilfesuchenden da. Wenn es für Flüchtlinge, Asylsuchende und Zuwanderer in erster Linie darauf ankommt, neben den vorhandenen Institutionen einen weiteren Ansprechpartner zu finden, der sie informieren, beraten und ihre Interessen gegenüber den zuständigen Behörden vertreten kann, dann ist die Bürgerbeauftragte die richtige Adresse.

(Anhaltende Unruhe)

Was soll die zentrale Aufgabe der oder des Beauftragten für Flüchtlinge, Asylsuchende und Zuwanderer sein? Der SSW ist auch nach der schriftlichen Anhörung der Auffassung, daß es vordringlich um die Beratung von Einzelpersonen und Familien gehen muß. Wichtig ist ein Ansprechpartner für die Betroffenen.

Der Entwurf zur Schaffung einer oder eines Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen ist beim SSW von Anfang an - das betone ich ausdrücklich - nicht auf grundsätzliche Ablehnung gestoßen. Mit unserem Änderungsantrag ist es uns vielmehr um einen anderen Schwerpunkt in der Aufgabenwahrnehmung und um die Schaffung einer übergeordneten Anlaufstelle gegangen.

(Anhaltende Unruhe)

Deshalb werde ich mich auch nicht gegen die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses stellen, sondern mich der Stimme enthalten. Das tue ich in diesem Fall ganz bewußt - das möchte ich noch einmal deutlich machen - auch in Anerkennung der Arbeit, die vom künftigen Flüchtlingsbeauftragten geleistet wird - wenn ich ihn auch nicht persönlich kenne, weiß ich doch, daß er sich für seine Sache engagieren wird -, und in Anerkennung der Wünsche, die von den Flüchtlingsverbänden und -vereinen gekommen sind.

Ich kann es noch konkreter formulieren: Ich will einfach nicht, daß im Protokoll nachher nachzulesen ist, daß dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SSW, CDU und F.D.P. angenommen worden ist. So will ich das nicht stehen haben. Daher werde ich mich der Stimme enthalten.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich mit der maschinengewehrartigen Suada des eigentlich liberalen Politikers Kubicki Probleme habe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bin ich!)

Es gibt in Bonn eine Ausländerbeauftragte, die F.D.P.-Angehörige ist. Ihr Name ist Lieselotte Funke.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Cornelia Schmalz-Jacobsen!)

- Cornelia Schmalz-Jacobsen, Entschuldigung! Funke ist die andere. Sie hat eine traurige und resignierte Bilanz zum Ende ihrer Tätigkeit vorgelegt, und das nach 16 Jahren schwarz-gelber Koalition.

Jedem in diesem Hause und jedem in dieser Republik ist klar: Was in 16 Jahren in Trümmer gelegt wurde, kann nicht in drei oder vier Jahren beseitigt werden. Insofern haben wir es leider weiterhin mit einer Sachlage für Aussiedler, Zuwanderer, Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber zu tun, die eigentlich katastrophal ist.

Wer gestern abend noch die „Tagesthemen“ gesehen hat: Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, ich jedenfalls habe mich für mein Land dafür geschämt, daß aus dem Kosovo gequälte und verängstigte junge Menschen, Kinder, Familien an der deutschen Grenze auf ein Heer von Bundesgrenzschutz und Polizei von massiver Präsenz gestoßen sind, denen nichts weiteres einfällt, als sie einzusammeln und zurückzudrängen. Die Flüchtlinge kommen in ein paar Stunden wieder, und sie werden wieder zurückgedrängt werden.

(Irene Fröhlich)

Wer sich das gestern abend angeguckt hat und wessen Herz auch dafür schlägt, daß dieses Land ein offenes Land sein soll, in dem die Menschenrechte eine hohe Bedeutung und einen hohen Stellenwert haben, weil es nämlich ein reiches Land ist, dem dreht sich das Herz um.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann müssen Sie dafür Sorge tragen, daß im Kosovo das Morden aufhört! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nicht das allein ist der Grund, weshalb ich mich noch einmal ans Rednerpult gestellt habe. Ich möchte auch gern dazu beitragen, daß Legendenbildungen jedenfalls in diesem Hause unterbleiben. So ist es mir wichtig, deutlich zu machen, daß der **Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen** bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zwar in einer harten, zum Teil auch schwierigen Auseinandersetzung gestanden hat, aber wir haben es - ganz im Gegensatz zur F.D.P. auf Bundesebene - gemeinsam geschafft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Kubicki, wir hätten viele Probleme nicht, wenn Ihre Partei in Bonn ehrlicher und verantwortungsvoller mit ihrer Aufgabe umgegangen wäre und wenn Sie in der Frage der Staatsbürgerschaft nicht einfach eingeknickt wären.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD])

Weil ich ein optimistisch und positiv denkender Mensch bin, denke ich auch immer erst einmal das Gute. Wenn ich dann aber „Ausländerpolitik der Vernunft“ höre - von der CDU kommt ein Zettel, auf dem steht, sie wollen sich jetzt um eine Ausländerpolitik der Vernunft kümmern -, dann denke ich, aha, sie haben etwas gemerkt,

(Ursula Röper [CDU]: Das haben wir immer schon gemacht!)

weil nämlich die Enquetekommission „Demographischer Wandel“ - die Sie zwar zurückzuhalten versucht haben, aber die Wahrheit können Sie nicht zurückhalten - deutlich gesagt hat, daß Sie mit Ihrer Ausländerpolitik falsch liegen.

Ich habe gedacht, daß Ihr Vorsitzender Würzbach eine schlaue Aktion starten wollte, damit er wenigstens etwas hat, worauf er hinweisen kann. Aber aus dem Text, den Sie hier vorlegen,

(Angelika Volquartz [CDU]: Der muß Ihnen mächtig zu schaffen machen!)

geht nur hervor, daß der Wolf Kreide gefressen hat und daß Sie nichts davon begriffen haben, was Integration ist. Sie haben immer noch nicht begriffen, daß Leute, die in unserem Land leben und mitwirken wollen,

(Glocke des Präsidenten)

hier ein Wahlrecht, Bildungsrechte und Mitwirkungsrechte brauchen. Ich muß sagen, Herr Lehnert, daß Ihnen nichts Weiteres eingefallen ist, als Ihre falsche Behauptung erneut wiederzugeben.

(Widerspruch bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Das finde ich bedauerlich.

(Widerspruch bei der CDU - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Nein, nein, liebe Kollegen und Kolleginnen! Sehr verehrter Herr Präsident! So, wie es Frau Fröhlich hier tut, darf man es nicht machen. Ich teile es jetzt einmal zurück.

Frau Kollegin Fröhlich, ich warte jetzt wirklich - ich kann Ihnen zusichern, daß meine Fraktion dem zustimmen wird - auf eine Initiative von Ihnen zur **Veränderung des Asylkompromisses**, so wie es ursprünglich einmal in diesem Hause geplant war und geändert wurde, weil weiland Björn Engholm vom Saulus zum Paulus wurde.

Ich warte auf Ihre Initiative zur Verbesserung der Situation. Sie mahnen sie immer nur an und richten Beauftragtenstellen ein, aber wenn Sie gesetzgeberisch tätig werden können, tun Sie es nicht.

In einem Punkt, Frau Fröhlich, werde ich wirklich böse. Als Mitglied einer Partei, die verhindert, daß das Morden im Kosovo unterbunden wird - und zwar zügig -, daß Vergewaltigungen und Vertreibung nicht mehr stattfinden werden, finde ich es anmaßend, sich hinzustellen und Tränen zu vergießen, wenn Flüchtlinge an unserer Grenze stehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir hätten mehrere hunderttausend Menschen aus Bosnien-Herzegowina nicht bei uns, sondern sie wä-

(Wolfgang Kubicki)

ren in ihrer Heimat, wenn es früher möglich gewesen wäre, daß die internationale Staatengemeinschaft dort eingreift und den Frieden sichert. Je länger Sie und die Sozialdemokraten warten, das im Kosovo umzusetzen, desto mehr sind Sie dafür verantwortlich, daß Menschen sterben, daß sie vertrieben werden und ihre Heimat verlieren. Das ist eine unmenschliche Politik, die Sie betreiben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das geht aber ein bißchen durcheinander! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann zitiere ich gern Herrn Schäping und Herrn Verheugen!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, darf ich einmal um etwas Ruhe bitten. Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frage, wie man mit dem Kosovo umgeht und sich verhält, ist ein Problem, das wesentlich komplizierter ist - das wüßte auch Ihr alter Außenminister, der jetzt nicht mehr im Amt ist -

(Zurufe von F.D.P. und CDU: Doch! Doch, natürlich!)

- der jetzt noch im Amt ist -, als Sie es hier mit Ihrer kurzatmigen Polemik dargestellt haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden wir nächstes Wochenende sehen, Herr Hentschel!)

Ich möchte aber noch etwas zu dem **Flüchtlingsbeauftragten** sagen, weil ich der Meinung bin, daß ein großer Teil dessen, was hier gesagt worden ist, an dem vorbeigeht, um was es hier geht. Das betrifft nicht nur Herrn Kubicki, sondern das betrifft auch Anke Spoorendonk.

Es kann nicht darum gehen, daß wir zusätzlich jemanden einsetzen - das ist auch zu Recht kritisiert worden -, der Anlaufstelle für Einzelfälle ist. Natürlich wird auf ihn als Ansprechpartner auch vieles zukommen. Aber es ist gar nicht möglich, daß er Einzelfälle bearbeitet. Dann müßten wir nämlich ein weiteres Bürgerbüro schaffen. Das können wir in dieser Form nicht.

Wir haben auch Instrumente geschaffen, damit Einzelfälle vernünftig behandelt werden können. Es gibt die Initiativen im **Flüchtlingsrat**, es gibt die **Härte-**

fallkommission, es gibt Möglichkeiten, sich über den **Eingabenausschuß** hinaus intensiv mit den tatsächlich sehr diffizilen Problemen, denen Flüchtlinge gegenüberstehen, zu beschäftigen und zu kümmern. Der Flüchtlingsbeauftragte wird diese Menschen sicherlich auch an diese Stellen weiterleiten.

Die Aufgabe des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen ist aber eine andere. Es geht hier ganz zentral darum, daß wir in dieser Republik in den nächsten Jahren ein Problem haben, das mir damals in dem Bericht der Universität Mainz über die Strukturen in Schleswig-Holstein und die zukünftigen Probleme sehr eindeutig geschildert worden ist. In dem Bericht wurde festgestellt, daß die **Integration der Einwanderer** und gerade der Jugendlichen in diese Gesellschaft die zentrale gesellschaftliche Aufgabe der nächsten Jahre sein wird.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es muß uns gelingen, diese Integrationsaufgabe vernünftig zu lösen. Das tut man natürlich nicht dadurch, daß man versucht, Rechtsradikalen Therapien anzubieten, sondern dadurch, daß man Strukturen vor Ort entwickelt, die tragfähig sind, daß man Anstöße gibt, wie die Leute in das normale Arbeitsleben und Bildungswesen integriert werden können, und Anstöße gibt, Schwachpunkte in diesem Lande zu suchen, wo etwas vor Ort - in den Kommunen, in den Kreisen und in den anderen Institutionen - verbessert werden kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann dürfen Sie die Mittel für den Sprachunterricht nicht kürzen!)

Diese Arbeit, die hier auch beschrieben worden ist, halte ich für eine ganz zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Deswegen ist es richtig, wenn sich neben den anderen Bundesländern - die das ja alle tun - auch Schleswig-Holstein dieser Aufgabe annimmt. Es tut mir weh, daß wir es nur - ich sage: nur - mit beschränkten Mitteln tun können. Es tut mir weh, daß wir nur eine ehrenamtliche Stelle besetzen können, weil wir das Geld nicht haben. Es tut mir weh, daß wir in einer so schlimmen finanziellen Lage sind, daß wir tatsächlich hier nur mit sehr wenigen Mitteln reagieren können.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Glocke des Präsidenten)

(Karl-Martin Hentschel)

Aber das, was wir tun können, wollen wir heute tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann dürfen Sie die Mittel für den Sprachunterricht nicht kürzen, Herr Hentschel!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Herr Minister Dr. Wienholtz.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern mit einem Status beginnen, mit Zahlen, damit wir wissen, über was wir in Schleswig-Holstein reden. Wir haben etwa mit Stand des Jahres 1998 im Bereich Asylbewerber, geduldete Ausländer und Bürgerkriegsflüchtlinge zirka 12.000 bis 14.000 Menschen, und wir haben bei den Zugängen, Spätaussiedlern und jüdischen Emigranten rund 4.000 bis 5.000 Menschen. Beide Zahlen sind in Bewegung. Wir wissen, daß die **Asylbewerberzahlen** im Augenblick wieder steigen, und wir wissen auch, daß die **Spätaussiedlerzahlen** aus bestimmten Gründen im Moment sinken. Beides ist eine Momentaufnahme. Man kann sagen, insgesamt geht es im Augenblick um 20.000 Menschen in Schleswig-Holstein, für die wir humane und sozial gerechte Lebensbedingungen schaffen wollen.

Mich persönlich stört an der Diskussion über die Einrichtung der Institution eines **Beauftragten für Flüchtlingsfragen** das, was an allgemeiner politischer Auffassung hier wieder geäußert wird. Herr Kubicki, ich weiß, daß Sie sich immer damit schmücken wollen, ein Gegner des Asylkompromisses gewesen zu sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

- Ich weiß, das tun Sie immer. Aber Sie tun das, um die traurige Bilanz zu verdecken, die Ihre Partei im Gefolge des **Asylkompromisses** in Bonn mitgetragen hat,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihre nicht?)

die eine **Ausländergesetzgebung** mitgetragen hat, die nach der Devise „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ gegangen ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihre Partei nicht, Herr Wienholtz?)

- Herr Kubicki, ich war in den Vermittlungsausschusssitzungen dabei,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben es aber nicht verhindert!)

ich habe genau beobachtet, wie das dort gelaufen ist. Es war Ihre Ausländerbeauftragte, die diese schon erwähnte traurige Bilanz gezogen hat. Es war nicht nur die, sondern es war auch deren Vorgängerin, die sich in der Koalition nicht durchsetzen konnte.

Wir sollten also diesen Fetisch, den Sie mit der Ablehnung des Asylkompromisses immer vor sich hertragen, nicht verdecken lassen, was dann als traurige Bilanz zu verzeichnen ist - unter Mithilfe der F.D.P. in der Bonner Koalition.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sollten aber nicht so tun, als hätten Sie nichts damit zu tun!)

Wenn wir jetzt andere politische Verhältnisse in Bonn haben - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ändert sich alles wieder!)

- Nein, da ändert sich nicht alles wieder, da ändert sich auch der Asylkompromiß nicht. Der Asylkompromiß ist die Änderung des Grundgesetzes, die durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt worden ist, die wird sich nicht ändern. Aber es wird sich die Gesetzgebung ändern, das ist dabei der wichtige Punkt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird sich die Gesetzgebung zum Thema Zuwanderung, zum Thema Zuwanderungsquote ändern. Wir werden dort europäisch eine Abstimmung finden müssen und eine entsprechende **Gesetzgebung** voranbringen. Es wird sich die **Staatsangehörigkeit** ändern, auch das wird sich ändern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar!)

Wir im Land wissen - und da sind wir uns alle einig; das beobachte ich jedenfalls hier -, daß Gesetzgebung allein den 20.000 Menschen im Land das Leben zwar erleichtern kann, das praktische Leben aber erst dann erleichtert wird, wenn wir auch entsprechende **Integrationsbemühungen** im Land unternehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Die Gegner sitzen woanders!)

Dazu gehört die Sprachförderung. Dazu gehört aber auch, daß wir an Zuwanderer bestimmte Forderungen stellen; das gehört auch dazu. Dazu gehört zum Bei-

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

spiel die Akzeptanz der Grundwerte unserer Rechtsordnung und unserer Verfassung.

(Beifall bei SPD und F.D.P. sowie der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Dazu gehört auch politische Bildung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auch das ist etwas, was Voraussetzung für Integration ist. Und dazu gehört schließlich ein System, das Menschenwürde und soziale Mindestsicherung für diese Menschen zum Gegenstand hat. Auch das ist zum Teil nicht gewährleistet, wenn ich mir zum Beispiel das **Asylbewerberleistungsgesetz** in der letzten Fassung anschau.

Nun ist es nicht so, daß wir in Schleswig-Holstein nicht eine gute Bilanz vorzuweisen hätten, was die Verbesserung der rechtlichen und sozialen Lage unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger anbelangt. Dazu darf ich noch einmal in Erinnerung rufen, welchen Spott die Einrichtung der Härtefallkommission seinerzeit von Ihrer Seite im Parlament geerntet hat.

Wenn ich mir heute anschau, wie die Bilanz dieser **Härtefallkommission** aussieht, die Empfehlungen - nicht mehr als das - an die Ausländerbehörde ausspricht, dann stelle ich fest, daß sie insgesamt seit Bestehen bis zum September dieses Jahres an Eingaben aufzuweisen hat: insgesamt 280 Anträge betreffend über 600 Personen, davon abschließend behandelt 250 Anträge, inhaltlich entschieden 209 Anträge, mit positivem Ergebnis 33 Entscheidungen. Für 59 Menschen wurden positive Entscheidungen durch die Härtefallkommission bewirkt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hätten Sie als Innenminister anders entschieden?)

Eingeschränkt positiv wurden 69 Anträge beschieden, für 186 Menschen in diesem Land wurden Empfehlungen ausgesprochen, die zu einer positiven Entscheidung für diese Menschen geführt haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das ist doch eine beachtliche Leistung und zeigt, daß ein Bedarf für derartige Einrichtungen besteht und daß es auch Möglichkeiten gibt, zu helfen.

Das gleiche gilt für den **Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen**. Er wird diese Aktivitäten der Landesregierung ergänzen, er wird einen Beitrag dazu leisten, daß wir dauerhaft humanitäre Lebensbedingungen für Ausländer gewährleisten können. Er wird mit seiner Öffentlich-

keitsarbeit auch dazu beitragen, im Interesse der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu arbeiten.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluß.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister, ich darf Sie trotzdem kurz unterbrechen. Es ist zumindest der Wunsch des Herrn Abgeordneten Stritzl nach einer Zwischenfrage hier angemeldet. Gestatten Sie die?

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Gern, Herr Abgeordneter!

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich weise aber darauf hin, daß Sie Ihre angemeldete Redezeit bereits um eine Minute überzogen haben.

(Zurufe von der SPD)

Das Wort zu einer Zwischenfrage hat Herr Abgeordneter Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]: Herr Minister, Sie haben aus Ihrer Sicht die positive Bilanz der Entscheidungen der Härtefallkommission dargestellt. Ich darf Sie fragen: Hätten Sie als Innenminister diese Entscheidungen anders getroffen?

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Herr Abgeordneter Stritzl, die **Härtefallkommission** ist aus acht Mitgliedern von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsorganisationen und schließlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums zusammengesetzt. Es ist ein **Konsensgremium**, das in seine Entscheidungen sehr viel mehr Aspekte einbeziehen und insoweit auch dem Ministerium eine wichtige und bessere Hilfestellung leisten kann, als wir das aus eigenen Kräften könnten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen bin ich nach wie vor der Meinung, daß die Härtefallkommission in vielen Einzelfällen eine wichtige und gute Ergänzung zu vielen Anstrengungen ist, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotzdem zu leisten haben.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

Ich darf abschließend noch sagen, daß ich mich auf die Zusammenarbeit mit Herrn Frenz freue, den ich aus vielen Jahren der Zusammenarbeit in seiner Eigenchaft als Flüchtlingsbeauftragter der Nordelbischen Kirche kennengelernt habe. Ich weiß, daß er ein sehr kreativer und effektiv arbeitender Mann ist. Ich freue mich auf diese Zusammenarbeit.

Wenn ich einen Wunsch äußern darf, wünsche ich mir, daß wir den ersten Bericht des Beauftragten für die Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, von jetzt ab zirka in einem Jahr, dazu nutzen, um uns vielleicht ein wenig mehr Zeit zu nehmen, dieses Thema hier im Landtag zu erörtern. Ich glaube, es ist es wert, zumal ich, wenn ich in die Runde schaue, den Eindruck habe, daß hier quer durch die Fraktionen Konsens herrscht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Frau Abgeordnete Spoerrendonk, habe ich das richtig verstanden, daß Sie den Änderungsantrag des SSW aufrechterhalten?

(Anke Spoerrendonk [SSW]: Ja!)

- Dann stimmen wir als erstes über den Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 14/805, ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit allen Stimmen des Hauses mit Ausnahme der Stimme der Abgeordneten Spoerrendonk, die für diesen Antrag gestimmt hat, abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf, Drucksache 14/759, in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Enthaltung der Abgeordneten Spoerrendonk angenommen.

Ich begrüße auf der Tribüne Damen und Herren des Schülerseminars der Landeszentrale für politische Bildung, und zwar Schüler aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Informationen zur Umwelt

Landtagsbeschuß vom 14. Mai 1998

Drucksache 14/1434

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/1683

Herr Minister Steenblock hat das Wort.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Zugang zu **Umweltdaten**, der Zugang zu **Umweltinformationen** wird von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, auch von vielen einzelnen Bürgerinnen und Bürgern immer deutlicher eingefordert. Wir müssen und wir wollen uns diesem berechtigten Anliegen von staatlicher Seite stärker als in der Vergangenheit widmen. Wir müssen Transparenz des staatlichen Handelns herstellen. Wir müssen Transparenz unseres politischen Handelns herstellen. Ich glaube, daß das ein wichtiger Weg ist, um verlorengegangenes Vertrauen in Politik wiederherzustellen. Diese Prinzipien einer offenen, bürgerfreundlichen Verwaltung sind auch Prinzipien einer Demokratie, die das Verhältnis von Staat zu Bürgern auf gleicher Augenhöhe organisiert.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Gerade der **Schutz von Umwelt und Natur** erfordert Zusammenarbeit, Zusammenarbeit zwischen und Verständnis unter den unterschiedlichen Interessengruppen. Um diese Zusammenarbeit auf diesem Niveau organisieren zu können, brauchen wir die Möglichkeit des Zugangs zu diesen Informationen. Von daher wäre es ein schwerer Fehler, den Bürgerinnen und Bürgern umfassende Informationen zu Daten und Umwelt vorzuhalten, eine Problematik, mit der sich zunehmend auch Gerichte in unserem Land auseinandersetzen müssen. An dieser Stelle möchte ich nur beispielhaft auf das kürzlich ergangene Urteil des **Obervorwaltungsgerichts Schleswig** verweisen, das die Herausgabe von umweltrelevanten Daten zur geplanten Ostseeautobahn an den klagenden Naturschutzverband verfügt hat. Ich halte dieses Urteil für ein wichtiges Urteil. Ich begrüße dieses Urteil.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Die Umweltverwaltung muß sich nach diesem Urteil ausrichten. Ich jedenfalls werde es für den Teil, den ich zu verantworten habe, tun.

(Minister Rainder Steenblock)

Vor diesem Hintergrund komme ich gern dem Wunsch des Landtags nach, über die Aktivitäten zum Thema Information und Umwelt zu berichten. Manchem mag die Ihnen im vorliegenden Bericht dokumentierte Fülle der Informationen zur Umwelt als Datenflut erscheinen, die es möglicherweise einzudämmen gilt. Ich bin entschieden nicht dieser Meinung. Die bereits vorgehaltenen und zu pflegenden Daten werden auf gesetzlicher Basis erhoben und werden zur Erfüllung von Berichtspflichten gegenüber dem Bund, gegenüber der Europäischen Union, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit benötigt. Sie sind zudem schon heute ein wesentlicher Bestandteil für den Gesetzesvollzug oder Grundlage für Planungsentscheidungen verwaltungsintern sowohl auf Landesebene, aber auch in den regionalen Verwaltungen.

In diesem Bereich sind wir mittlerweile auf einem guten Weg. Was verbessert werden muß und soll, ist der **Zugang** zu den **Daten** und ihre Aufbereitung als öffentlich verwendbare Informationen über ihre fachübergreifende Nutzbarkeit. Auch dies ist unter dem Stichwort „gläserne Verwaltung“ zu sehen. Deshalb arbeiten wir zur Zeit verstärkt daran, den Zugriff auf diese Daten zu erleichtern und diese Informationen öffentlichkeitswirksam besser aufzuarbeiten.

Fundament für dieses Vorhaben ist das **Natur- und Umweltinformationssystem**, kurz NUIS, und seine im Ihnen vorliegenden Bericht beschriebenen Fachinformationssysteme, die wir für alle Umweltbereiche, für Natur und Landschaft, für Luft, für Wasser, für den Boden, für den Abfall zur Zeit weiter ausbauen.

Weit vorangeschritten sind vor allem die **Fachinformationssysteme** für Emissionen und Immissionen, von Luftschatdstoffen, das Fachsystem für den Abfallbereich, die Altablagerungen, für die Bodenbelastung, das Fachsystem für das Wattenmeer und für chemische Gefahrstoffe. Der Bericht legt hierüber ausführlich Rechenschaft ab. Ich will das hier im einzelnen nicht darstellen.

Wir haben den Ausbau dieser Fachinformationssysteme in den letzten Jahren mit relativ viel Geld unterstützt. In den Jahren 1990 bis 1996 sind dafür 11,6 Millionen DM ausgegeben worden, in den Jahren 1996 bis 1998 noch einmal 10,7 Millionen DM, allein im Jahr 1998 4,5 Millionen DM. Das zeigt, mit welcher auch materiellen Intensität sich die rot-grüne Landesregierung gerade diesem Thema gerade in den letzten Jahren zugewandt hat.

25 Personen - die meisten davon ausschließlich - betreuen diese Fachinformationssysteme fachlich und technisch. Das zeigt, wie groß der Personalanteil für die Pflege solcher Systeme innerhalb einer Landesverwaltung mittlerweile ist.

Ein wichtiger Baustein bei der Transparenz von Umweltdaten ist der **Umweltdatenkatalog**, eine abfragbare Datei, die nicht nur interne, sondern auch die öffentliche Recherche nach Umweltdaten erheblich erleichtern wird. Das Programm hierfür wurde in einer Bund-Länder-Kooperation und damit besonders wirtschaftlich entwickelt. Mit der nun erforderlichen Beschreibung der schleswig-holsteinischen Datenbestände haben wir begonnen. Die Fertigstellung des Umweltdatenkatalogs und damit die Zugänglichmachung dieser Daten für die Öffentlichkeit wird einer unserer Hauptschwerpunkte im Jahr 1999 sein.

Der Umweltdatenkatalog soll einer breiten öffentlichen Nachfrage zugänglich sein. Nach seiner Fertigstellung wird die allgemein zugängliche Fassung im Internet angeboten werden. Zusätzlich wird derzeit ein Umweltdatenpool mit aufbereiteten Informationen geschaffen, die intern, aber speziell auch der Fachwelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Auch dieser Datenpool wird zum größten Teil im Internet verfügbar sein. Welche Fachdaten das sein sollen, ist in dem Ihnen vorliegenden Bericht dargestellt. Ich will das hier jetzt nicht im einzelnen ausführen, sondern verweise auf die Dokumentation.

Ein wichtiger Nutznießer unseres Umweltdatensystems werden auch die **Kommunen** sein. Wir entwickeln gemeinsam mit den Kommunen im Land eine einheitliche Lösung für alle Fachinformationssysteme, um einen schnellen Daten- und Informationsfluß zu gewährleisten. Auch dieser Weg ist ein sehr wirtschaftlicher. Alle Beteiligten sparen dabei Geld. Aber es ist auch ein fachlich vernünftiger, weil er zu einer Vergleichbarkeit der Datenbasis im kommunalen Bereich führt.

Als Beispiele der laufenden Arbeit möchte ich die Komponenten des neuen wasserwirtschaftlichen Fachinformationssystems nennen. Auch das Kompen-sationsflächen- und Biotopkataster sind im Augenblick in der Arbeit, aber auch das Altlastenkataster. Auch hat die Gründung des Landesamtes für Natur und Umwelt zu einer sehr starken Harmonisierung der vorher in verschiedenen Dienststellen sehr unterschiedlichen Informationssysteme geführt. Um diese Ansätze weiter zu fördern und auszubauen, haben wir im LANU eine Kopfstelle für das **Informationsmanagement** im gesamten Umweltressort eingerichtet und es geschafft, trotz der angespannten Haushaltslage diese Einrichtung derzeit konkret personell um zwei-einhalb Stellen zu verstärken, Stellen, die wir nicht zusätzlich beantragen, sondern die wir durch interne Umschichtung gewinnen, weil wir glauben,

(Minister Rainder Steenblock)

daß in diesem Bereich ein besonderer Schwerpunkt der zukünftigen Umweltpolitik sein wird. Wir folgen damit auch - das möchte ich hier anmerken - einer Empfehlung des Landesrechnungshofs.

Zu den vordringlichen Aufgaben der Kopfstelle wird in 1999 der weitere Ausbau und die Betreuung der gemeinsamen Lösung mit den Kommunen, der Umwelt-datenkatalog und das Geodatenmanagement sein. Hierzu gehört auch Übernahme und Verteilung großer Menge von Biobasisdaten aus den Katasterverwaltungen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Moderne Umweltpolitik muß sich zunehmend der Hilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnologien und neuer Kommunikationsmethoden bedienen. Wir brauchen das, um eine vernünftige fachliche Grundlage zu haben. Wir brauchen es aber auch, um das gestiegene **Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit** befriedigen zu können. Dieser fachliche und demokratische Aspekt einer Umweltverwaltung liegt mir sehr am Herzen. Ich glaube, daß wir mit der Konzeption und dem Aufbau der Informationen zur Umwelt in Schleswig-Holstein auf einem guten Weg sind, diese Anforderungen in Zukunft noch besser zu verwirklichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! ZISS, FIS und GIS werden ja gemeinhin für Notennamen gehalten. Nach dem Studium des Berichts der Landesregierung weiß ich - das wissen jetzt sicherlich auch viele andere -, daß ZISS, FIS und GIS gemeinsam mit WATiS, Lanis, UTOXIS Abkürzungen, Kunstworte sind, deren Kenntnis der Bericht vermittelt und deren Kenntnis hilft, einen Überblick über die vorhandenen Umweltinformationen zu erhalten.

Bei der Einbringung unseres Antrages „Informationen zur Umwelt“ war ich davon ausgegangen, daß bei den Behörden ein großes Wissen über den Zustand der Umwelt vorhanden ist. Der Bericht der Landesregierung hat dies eindrucksvoll bestätigt. Er ist sorgfältig erarbeitet, die Informationen sind gut und knapp aufbereitet worden, so daß nun ein übersichtlich gestaltetes Kompendium vorliegt, dem jeder entnehmen kann, welche Information er wo erhalten kann.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die daran gearbeitet haben, insbesondere im LANU, möchte ich dafür ausdrücklich meinen Dank aussprechen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke, Herr Kollege Hentschel; das war ein berechtigter Beifall.

Ich stelle mir vor, daß der Bericht als Broschüre unter dem Titel „Leitfaden Umweltinformation“ herausgegeben wird, damit er all denen auch in Zukunft helfen kann, die nach Sachinformationen über den Zustand der Umwelt suchen.

Auf den Naturschutztagen in Rendsburg vor drei Wochen wurde der Anhang den Teilnehmern bereits als Informationsschrift zur Verfügung gestellt. Genauso soll nach unserer Auffassung der Bericht genutzt werden.

Das bei den Behörden angesammelte Wissen ist mit Steuergeldern erarbeitet worden. Es ist kein Privateigentum, und es ist auch nicht ausschließliches Eigentum der Regierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der **Zugang zu den Umweltinformationen** ist nach Auffassung der F.D.P. für die Demokratie und ihre Weiterentwicklung wesentlich. Nur gut informierte Bürger haben die Möglichkeit, an politischen Entscheidungen mitzuwirken. Weiter dient der Zugang zu den Umweltinformationen der Kontrolle der Verwaltung.

Die bei der Einbringung des Antrages im Landtag geführte Kontroverse über die Herausgabe von Planungsakten zum Bau der A 20 hat das bestehende Spannungsfeld deutlich gemacht. Einerseits kann in bestimmten Fällen Regierungshandeln wie die Planung der A 20 durch die Bürger, die sich informieren wollen, behindert werden. Das kostet Zeit und führt zu Verzögerungen. Aber dies ist in einem gewissen Umfang auch hinzunehmen. Die zumutbare Zeitspanne ist dabei schwer zu definieren.

Andererseits steht auch fest, daß über Akteneinsicht und das Begehr auf Umweltinformationen die Regierung nicht daran gehindert werden darf, die vom Parlament erteilten Aufträge auszuführen.

Eine **Geheimhaltung** von Informationen ist nur dann zulässig, wenn eine gesetzliche Verpflichtung zur Geheimhaltung besteht.

Die Zeiten obrigkeitstaatlichen Denkens, in denen der Bürger immer nur Bittsteller war, sind vorbei.

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Unter den zehn Zielen, denen das **Natur- und Umweltinformationssystem** für Schleswig-Holstein dienen soll, ist ausdrücklich aufgeführt, Umweltinformationen über die **neuen Medien** den Bürgerinnen und Bürgern bereitzustellen. Damit diese Aufgabe erfüllt werden kann, brauchen die Bürger auch Informationen, wie sie an die Daten herankommen. Das Sammeln von Daten ist inzwischen nicht mehr das wesentliche Problem, sondern deren Aufbereitung, die die Nutzung erst ermöglicht.

Sowie der Umweltdatenkatalog fertiggestellt ist, das Who's who für Umweltdaten - das ist laut Bericht in Kürze zu erwarten -, sollte es möglich sein, das Natur- und Umweltinformationssystem, soweit es aufgebaut ist, zu testen und seine Möglichkeiten zu erproben. Es ist verständlich, daß ein so komplex aufgebautes System wie das Natur- und Umweltinformationssystem nicht kurzfristig erstellt werden kann. Gleichwohl bleibt unverständlich, warum erst jetzt der Umweltdatenkatalog fertig wird.

Zu den Problemen der Aufbereitung von Umweltdaten gehörte lange die Tatsache, daß die verschiedenen Kreise und kreisfreien Städte eigene Datenverarbeitungsprogramme für den Umwelt- und Naturschutz entwickelt haben. Ein **Austausch der Daten** war vielfach nicht möglich. Es lohnt nicht mehr, über die Gründe zu philosophieren. Gleichwohl ist festzustellen, daß durch den späten Abschluß einer Kooperationsvereinbarung viel Zeit verschenkt wurde, die für den Aufbau für das von den Kreisen wie auch vom Land zu nutzende Fachinformationssystem hätte genutzt werden können. Das Land hat zu lange gewartet, statt mit eigenen Vorschlägen gemeinsame Lösungen durchzusetzen. Der politische Wille dazu ist offensichtlich bisher nicht vorhanden gewesen.

Es ist weiter nicht einleuchtend, warum es für den Nationalpark Wattenmeer ein eigenes Landschaftsinformationssystem gibt und dieser nicht als Teil des LANU organisiert wurde. Auch darin sehe ich Fehlentscheidungen früherer Landesregierungen.

Die Liste der Datengruppen gibt einen guten Überblick über **abfragbare Informationen**. Die meisten Daten werden sowohl gedruckt als auch auf Diskette abgegeben. Obwohl es immerhin mehr als drei Jahre her ist, daß die F.D.P.-Fraktion mit ihrer Großen Anfrage zu Informations- und Kommunikationstechnologien die neuen Kommunikationstechnologien zu einem Thema im Landtag machte, ist die Nutzung des Internets noch als recht dürftig zu bezeichnen. Es gibt eine Vielzahl von Absichtserklärungen. Es wird abzuwarten sein, wann sie dann auch tatsächlich umgesetzt werden.

Ob die Bürger von den Informationsangeboten Gebrauch machen, hängt weitgehend von den Preisen ab,

die für die Abgabe der Informationen gefordert werden. Daher ist die Gestaltung der Preise sehr wichtig. Die F.D.P. tritt nicht für die generelle kostenlose Abgabe der Informationen ein. Gleichfalls muß gelten, daß die Nutzung der Informationen in angemessenem Ausmaß nicht über den Preis verhindert werden darf.

Während die Kosten für Broschüren überall genannt werden, bleibt offen, was für die Versendung von Disketten verlangt wird. Stimmt zum Beispiel die häufig geäußerte Befürchtung, daß die Elektronifizierung von Informationen zu Kostensteigerungen führt? Mit einem Beispiel hätte man die Größenordnung aufzeigen und eventuell auch diese Frage negativ beantworten können.

An vielen Stellen wird der **Verwaltungsaufwand** als maßgeblich für die Berechnung der Kosten genannt. Gegen diese Art der Berechnung der Kosten wird Deutschland vor dem EuGH verklagt. Es interessiert, ob bei einer Verurteilung Deutschlands die Landesregierung das von ihr angewandte Verfahren zur Berechnung der Kosten ändern muß.

Angesichts der vielen Berichte, die wir erhalten, erstaunt die Feststellung, daß nur im Bereich Umweltinformationen eine **Berichtspflicht** bestehen soll. Zumindest der Forstbericht, der in der Mitte der Legislaturperiode dem Landtag vorzutragen ist, hätte erwähnt werden müssen. - Der Bericht ist im übrigen überfällig.

Der Berichtsteil über die Durchführung des Umweltinformationsgesetzes zeigt auf, daß die Bürger das **Umweltinformationsgesetz** nutzen, um Informationen über den Zustand von Natur und Umwelt zu erhalten. Es ist kein überflüssiges Gesetz, wie Kritiker gern unterstellen wollen.

Gleichwohl gilt, daß Deutschland im internationalen Vergleich bei der Entwicklung von Einsichts- und Informationsrechten hinterherhinkt. Da machen auch SPD-geführte Regierungen keine Ausnahme, und auch die Beteiligung der Grünen an der Regierung bleibt in dieser Frage völlig ohne Einfluß.

(Zurufe der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Astrup, Sie sollten auch einmal zuhören

(Holger Astrup [SPD]: Immer!)

und sich zu Gemüte führen, daß SPD-geführte Regie-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

rungen in keiner Weise besser mit Informationen umgehen, als dies CDU-geführte tun.

(Ursula Röper [CDU]: Ganz im Gegenteil!)

Ich hätte mir da etwas mehr Aufgeschlossenheit von seiten der SPD gewünscht.

Eindrucksvoller Beleg dafür ist der Prozeß um die Herausgabe der Naturschutzdaten für die **Wakenitz**. Nach dreijährigem Rechtsstreit hat der Landesnaturschutzverband durchgesetzt, daß er Einsicht in die Umweltinformationen zur Schutzwürdigkeit der Wakenitz erhält. Es dient der Transparenz, wenn auch den Kritikern eines Großprojektes der Zugang zu wesentlichen Naturschutzdaten ermöglicht wird. Genau diese **Transparenz** zu erzielen, ist Aufgabe des Umweltinformationsgesetzes. Wir wollen die Transparenz von Planungssentscheidungen. In diesem Punkt stimme ich dem Minister ausdrücklich zu: Politik hat nur eine Chance, wenn sie sich dieser Forderung nach Transparenz auch tatsächlich stellt.

Wissen ist Macht. Die Macht der Behörden wird geschmäler, wenn Bürger über Informationsrechte verfügen. Wir wollen dies. Informierte Bürger können ihre demokratischen Mitwirkungsrechte besser wahrnehmen, die Demokratie wird gestärkt.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich beantrage die Überweisung des Berichtes an den Umweltausschuß zur abschließenden Beratung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Gröpel.

Renate Gröpel [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Mai-Tagung des Landtages, als der Berichtsantrag der F.D.P. zu „Informationen zur Umwelt“ vorlag, hatte ich gesagt, dieser Antrag ist umfassend und gut. Jetzt liegt der Bericht vor, und ich kann dasselbe sagen: Auch der Bericht ist umfassend und gut; er geht ausführlich auf die Auftragstellung durch den Antrag ein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht so selbstverständlich, eine recht trockene Materie so aufzubereiten, daß ein gut lesbarer, nachvollziehbarer und auch im Sinne des Antrages informativer Bericht dabei herauskommt. Hierfür möchte

ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Umweltministeriums herzlich bedanken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Selbst zehn Minuten Redezeit würden nicht ausreichen, um auf alles einzugehen, wie es der Bericht verdient hätte. - Ich kündige aber trotzdem an, daß ich die Redezeit wahrscheinlich ausnutzen werde.

Lassen Sie mich auf einige Kernpunkte eingehen. Der Bericht unterstreicht noch einmal die Bedeutung, die das Natur- und Umweltinformationssystem für die umweltpolitische Arbeit, für die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben, für die Zukunftsplanung und für Investitionen von Land und Kommunen hat, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die sich nicht prioritär für den Umweltbereich verantwortlich fühlen, es dient auch der Planungssicherheit von Industrie und Gewerbe. Es ist eine unverzichtbare Grundlage für ein verantwortungsvolles, gesellschaftliches und politisches Handeln, gerade auch im Sinne der Agenda 21.

Auch der Landesrechnungshof hatte in seinen Bemerkungen 1998 dieses Anliegen unterstrichen und für die weitere Entwicklung Empfehlungen ausgesprochen. Die SPD-Fraktion begrüßt, daß das Umweltministerium den Empfehlungen Rechnung getragen hat durch die Stärkung der beim Landesamt für Natur und Umwelt eingerichteten Kopfstelle, durch die zügige Erstellung des Umweltdatenkatalogs, die Stärkung in der Zusammenarbeit mit den Kommunen sowie die Bündelung der meisten Fachinformationssysteme im LANU.

Was sind nun EUSYS, WaFIS und LUGRID? Frau Happach-Kasan, ich habe mir andere Begriffe ausgesucht und auch eine andere Deutung gefunden. Das sind keine Namen aus griechischen, römischen oder germanischen Heldensagen,

(Lothar Hay [SPD]: Das sind friesische Helden!)

nein, es sind die Kurzformen für die Fachinformationssysteme.

Im Bericht werden diese Systeme in tabellarischer Form ausführlich mit ihren Zielen, Aufgaben, Grundlagen und Zuständigkeiten sowie dem Realisierungsstand beziehungsweise der Realisierungsplanung dargestellt.

Festzustellen ist, daß wichtige weitere Schritte in 1997 und 1998 eingeleitet worden sind, zum Beispiel die Einführung des Projektes im Bereich Anlageninformationssysteme im Immissionsschutz im August

(Renate Gröpel)

dieses Jahres. Der Herr Minister hatte bereits auf einige Felder hingewiesen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, Sie können sich sicherlich erinnern, daß wir im vergangenen Jahr - auch hier wieder gemeinsam, Frau Happach-Kasan - über die Badewasserqualität in Schleswig-Holstein im Landtag eifrig debattiert haben.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Die Voraussetzung für die Veröffentlichung von Daten sind auch hier die notwendigen Informationssysteme, wie zum Beispiel eine Datenbank für die Badewasserqualität, die es seit 1996 beim LANU gibt. Für die Aufbereitung der Daten im Bereich des **Gewässerschutzes** ist das „Wasserwirtschaftliche Fachinformationssystem“ sehr wichtig. Hier sind die fachlichen Detailkonzepte für das Grundwasser 1998 fertiggestellt, und die Anwendung wird noch in diesem Jahr in Betrieb gehen. Davon gehen wir aus. Für die Oberflächengewässer, die Küstengewässer und die Fließgewässer werden in Kürze Produkte einsatzbereit sein, so da die Aufbauphase der Infosysteme in 1999 abgeschlossen werden kann. Das ist ebenfalls ein erfreulicher Punkt, denke ich, der hier näher dargestellt sein soll.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der Bericht macht deutlich, daß es ein großes Interesse der Kommunen an einer **Zusammenarbeit** bei den Programmentwicklungen gibt, um eine breite Verfügbarkeit der Daten sicherzustellen. Beispielsweise möchte ich hier bewußt auf den Aufgabenbereich **Altabbagungen** eingehen, der sowohl für das Natur- und Umweltinformationssystem relevant ist - es ist manchmal doch einfacher, die Abkürzung NUIS zu sagen - als auch für die Kommunen von großer Wichtigkeit ist. Lobenswert ist in diesem Zusammenhang die Forcierung der Erfassung von Altstandorten im Altlastenkataster. Hierfür wurde 1997 ein arbeitsmarktpolitisches Programm aufgelegt, in dem 21 Erfassungskräfte beschäftigt wurden. Das Projekt wurde um ein Jahr verlängert, um die dringend erforderliche flächendeckende Erfassung von Altstandorten voranzutreiben. Auch im Bereich der Wasserwirtschaft ist eine einheitliche Software mit den Kommunen entwickelt worden, sie soll ebenfalls Ende dieses Jahres eingeführt werden. Wir werden sorgfältig beobachten, ob das auch passt.

(Zurufe)

Der Bericht enthält auch eine Darstellung der verfügbaren Datengruppen, die in übersichtlicher Form Auskunft gibt über die Inhalte der Daten, deren zeitliche Erfassung und deren Stand der Verfügbarkeit für die

Öffentlichkeit sowie über die **Berichtspflicht** gegenüber dem Landtag.

Frau Happach-Kasan, auch Sie haben das schon angeprochen: Erstaunen mag ja hervorrufen, daß eine Verpflichtung, regelmäßig über Umweltinformationen dem Landtag zu berichten, eben nicht besteht, mit einer Ausnahme, nämlich über die Energiebilanz. Und da erinnere ich an die letzte Plenardebatte am vergangenen Mittwoch.

Allerdings gibt es vielfältige Informationspflichten gegenüber dem Bund und der Europäischen Union. Wir sollten vielleicht im Ausschuß beraten, ob wir nicht dort auch diese Berichte zur Kenntnis bekommen sollten. Dann könnten wir uns im Landtag noch intensiv darüber unterhalten.

Die **Öffentlichkeit** wird aber auch auf freiwilliger Basis durch die Veröffentlichung von Broschüren, Faltblättern, Berichten und Karten informiert. Die Schriften- und Kartenliste, die als Anlage dem Bericht beigefügt ist, ist ein informatives Nachschlagewerk für Publikationen im Umweltbereich. Ich denke, daß man auch das einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen sollte, vielleicht in Form eines Umweltinformationsleitfadens, wo man etwas findet.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Dort sind zum Beispiel auch die Kosten anzugeben. Leider ist mein Kollege Helmut Jacobs im Augenblick nicht im Raum, aber die Bodenkarte für Wilster ist für 25 DM zu haben, wie da zu lesen steht.

(Lothar Hay [SPD]: Das liegt 3,18 m unter NN! - Heiterkeit)

Über die Verfügbarkeit der Daten für die Öffentlichkeit sollten wir im Ausschuß vertieft beraten. Als Beispiel ist hier zu nennen die Auskunft über Daten bei Straßenbauvorhaben. Auch das ist angesprochen worden. Der Erlass des Bundesministeriums für Verkehr ist sehr restriktiv; dessen Ausführung ist in einem Klageverfahren vom Europäischen Gerichtshof nicht bestätigt worden. Bisher gibt es noch keinen neuen Erlass des BMV. Die SPD-Landtagsfraktion wird die neue Bundesregierung in die Pflicht nehmen, hier eine entsprechende Änderung vorzunehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ein lobenswertes Beispiel möchte ich doch anfügen. Das Ministerium für Finanzen und Energie liefert regelmäßig die Ortsdosis-Leistungswerte aus der Umgebung der Kernkraftwerke auch an den Verein „Eltern für unbelastete Nahrung“ in Kiel. Das ist nicht immer in allen Bereichen so selbstverständlich.

(Renate Gröpel)

Weiter ist dem Bericht zu entnehmen, daß es zum Teil noch Schwierigkeiten mit der **digitalen Verfügbarkeit** der Daten für die Öffentlichkeit gibt. Es ist zu hoffen, daß es durch die Standardisierung der Software zunehmend leichter sein wird, sowohl Sachdaten und Texte, als auch Geodaten und digitale Karten zur Verfügung zu stellen. Erfreulich für alle Surfer im Internet ist es, daß bereits mit dem Aufbau für Umweltdaten begonnen wurde und 1998 weitere 15 Aufgabenbereiche hinzukommen werden. Ebenso wird die Internetversion für den Umweltdatenkatalog für die Öffentlichkeit erstellt.

(Lothar Hay [SPD]: Dann müssen wir hier vom Landtag aus auch rankommen!)

- Herr Hay, auch Sie werden lernen, mit dem Computer umzugehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Mit Blick in die Zukunft sollen sogar zur EXPO 2000 schleswig-holsteinische Umweltdaten einer breiteren Öffentlichkeit in einem internetbasierten Netzwerk präsentiert werden. Das läßt doch hoffen.

Nun besteht mit Sicherheit noch kein Grund zur Euphorie, aber wir sind auf einem guten Weg. Und wenn das Natur- und Umweltinformationssystem in allen Funktionen richtig läuft und wir alle im Umgang damit richtig fit sind, werden wir auch keine Schwierigkeiten haben, uns über ZISS, UTOXIS, Lanis, WATIS, WaFIS, BODIS, ASYS, EUSYS, LUGRID oder IMIS das nötige Wissen anzueignen.

(Heiterkeit und Beifall)

Der Bericht bietet eine gute Grundlage für die Beratungen im Fachausschuß, wo wir verschiedene Fragestellungen vertiefen sollten und können. Wir stimmen der Überweisung in den Fachausschuß zu.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoerendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Herlich Marie Todsen-Reese.

Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hentschel, beim letzten Mal haben Sie doch noch so schön geklatscht; ich weiß gar nicht, ob Sie das inzwischen vergessen haben.

(Heiterkeit und Zurufe)

Wollen wir sehen, was dieses Mal dabei herauskommt.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, auch heute am Anfang eine kleine Kritik; Herr Hentschel, da bleibe ich mir durchaus treu: Leider hatte ich mich in meinem extra kurzen Beitrag am 14. Mai 1998 zum Berichtsantrag der F.D.P. zum Thema „Informationen zur Umwelt“ zu früh auf die Ausschußarbeit gefreut. Denn vor diese Freude, das heißt vor die Ausschußbefassung, ist leider heute ein erneuter Schlagabtausch im Plenum gestellt. Ich sage einmal ein bißchen kritisch: Rituale wollen eben gepflegt sein.

(Lothar Hay [SPD]: Dann kommen wir wenigstens - - !)

Liebe Frau Happach-Kasan, Ihr Antrag auf abschließende Beratung im Ausschuß ist nun versöhnlich, und insofern kann ich akzeptieren, daß wir uns heute im Plenum noch einmal austauschen - ich stimme diesem Überweisungsantrag auf abschließende Beratung im Fachausschuß ausdrücklich zu -,

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

und so will auch ich mich jetzt nicht einer ersten Bewertung des vorgelegten Berichtes entziehen. Auch aus meiner Sicht ist der Bericht eine umfangreiche Fleißarbeit, für die allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums, aber auch des Landesamtes für Natur und Umwelt, ein herzlicher Dank gehört.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich will jetzt nicht wie die Vorredner auf alle Einzelheiten eingehen, denn ich denke, daß jeder die 77 Seiten plus Anlagen gelesen hat und jeder weiß, was darin steht.

(Zurufe und Unruhe)

Ich möchte aber schon sagen, insbesondere in den Kapiteln 5 - die Fachinformationssysteme - und 6 - die Datengruppen - wird deutlich, daß es bereits eine Fülle von Daten zu den unterschiedlichsten Aufgabenfeldern gibt. Dies wird noch unterstrichen durch die beigefügten Anlagen 1 bis 4, angefangen von der Schriften- und Kartenliste des LANU über die Liste der Publikationen bis hin zu den Erhebungen nach dem Umweltstatistikgesetz und den Erhebungen aus dem Bereich der Agrarstatistik mit Informationen zur Umwelt. Damit gibt es den von der F.D.P. geforderten „Leitfaden Umweltinformationen“ bereits im Ansatz. Vielleicht könnten diese Informationen noch etwas professioneller und noch etwas benutzerfreundlicher gestaltet werden. Auch zum Thema der

(Herlich Marie Todsen-Reese)

Notwendigkeit des **Zugangs zu Umweltdaten** möchte ich dem bereits Gesagten nichts hinzufügen; ich kann mich dem anschließen.

Der Bericht weist auch aus, daß es gerade - das halte ich für wichtig - in der **Zusammenarbeit** zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen im Lande, aber auch in der Bundesarbeitsgruppe durchaus deutliche Fortschritte gibt und die Arbeit intensiviert wird. Auch das ist aus meiner Sicht sehr zu begrüßen. Eine Frage, die sich für mich aber nach wie vor stellt - das halte ich auch für die weitere Ausschußbefassung für wichtig -, ist, inwieweit die Daten, die nun inzwischen alle erhoben und zusammengeführt worden sind, eigentlich noch aktuell sind und wie wissenschaftlich fundiert und zuverlässig sie sind. Ich weiß, dies ist ein besonderes schwieriges und sensibles Thema; aber es ist doch von ungeheurer Bedeutung, wenn man die mächtigen und weitreichenden Folgen von Umweltdaten berücksichtigt. Nehmen Sie - ich sage das bewußt, weil dieses Beispiel überall bekannt ist - die Daten über den **Wachtelkönig**. Da geht es um Sein oder Nichtsein - nicht nur des Wachtelkönigs, sondern auch der A 20. Es geht um die Frage, ob man den Wachtelkönig gesehen oder gehört hat - und wenn ja, wo: direkt auf der Trasse der A 20 oder links oder womöglich gar rechts der Trasse und in welcher Entfernung davon? Aber er soll zumindest da irgendwo sein!

Meine Damen und Herren, wohl kein anderes Projekt wie die A 20 hat uns so deutlich vor Augen geführt, wie wichtig umfassende und wissenschaftlich solide Umweltdaten sind, damit eine **sachgerechte Beurteilung einer Eingriffsausgleichssituation** erfolgen kann und damit nach einer sachgerechten Analyse die richtigen Maßnahmen - und nicht womöglich verkehrte - zum Schutz der Natur eingeleitet werden können.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es stellt sich auch die Frage nach der Aufbereitung der Datenfülle und ihrer Verfügbarkeit sowie nach der Ziel- und Zweckorientierung der Datenerhebung.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört! Hört!)

Auf den ersten Blick ist man nicht nur beeindruckt von der vorhandenen Datenfülle, sondern eben auch von den Fortschritten, die es bei der Entwicklung zum Beispiel des NUIS Schleswig-Holstein zweifelsohne gibt. Dies gilt offensichtlich auch für die Kommunikation mit den kommunalen und externen Informationssystemen. Aber ich sage auch deutlich: Auch nach sechs Jahren Aufbauarbeit, in denen erhebliche Haushaltsmittel in den jeweiligen Landeshaushalt eingesetzt wurden, ist es immer noch nicht möglich, von

einem Arbeitsplatz im Umweltministerium per Knopfdruck die Umweltdaten aus dem LANU abzurufen. Dies finde ich bedauerlich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und noch eine kritische Anmerkung: Auch wenn Sie, Herr Minister, vorhin ein paar Zahlen genannt haben, wäre es für eine Erfolgsbewertung interessant, einmal den gesamten Mitteleinsatz zu erfahren, um die Arbeitsergebnisse dazu in Relation stellen zu können.

Insgesamt wird, so denke ich, deutlich, daß es beim Aufbau in den letzten Jahren ein bißchen an **Professionalität** gefehlt hat. Dies ist keineswegs eine Schuldzuweisung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vielmehr zeigen sich hier sehr wohl **Führungsfehler**. Es ist zunächst - ich sage bewußt: zunächst - versäumt worden, sich zum Beispiel über Werkverträge Fachleute von außen zu holen, die keine langen Einarbeitungszeiten gebraucht hätten, obwohl ich weiß, daß inzwischen deutlich mehr Fachpersonal eingestellt worden ist. Hier mahne ich eine stärkere Umsetzung modernen Managements an.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Dazu gehört natürlich, sich zeitlich befristet des Sachverständes Dritter zu bedienen. Dies hätte von Anfang an Professionalität in die Arbeit gebracht.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns mit dem Ausschuß vor Ort im LANU in Flintbek über die bisherige Entwicklung, die tatsächliche Situation und die Zukunftspläne - über das vorgelegte Papier hinaus - detaillierter informieren. Um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, scheint es mir dabei besonders wichtig zu sein, daß für den weiteren Aufbau der Datenbanken solide Rahmenvorgaben und ein konkreteres Umsetzungskonzept entwickelt werden.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Dazu gehören nach meiner Meinung unter anderem die Festlegung des inhaltlichen Umfanges und die Ziel- und Zweckorientierung der Datenerhebung. Ich sage das nicht umsonst; denn mit Sicherheit liegen eine Menge Gutachten, die viel Geld gekostet haben, in den Schubladen, die nicht ausgewertet, nicht umgesetzt worden sind und inzwischen veraltet sind.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

(Herlich Marie Todsen-Reese)

Dies darf es aus meiner Sicht in Zukunft nicht geben.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Weitere Forderungen sind die Definition einer Zeitachse für die Bearbeitungsdauer einschließlich eines Schlußpunktes, die Aufstellung des Finanzbedarfs und des Finanzierungskonzeptes sowie die Darstellung der benötigten Personalressourcen und der Sachmittel.

Dies dient nicht zuletzt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für ihre Arbeit klare und **verlässliche Rahmenvorgaben** brauchen. Wir brauchen in Zukunft eine systematischere und zielorientiertere Bearbeitung, damit das System noch zügiger aufgebaut und zum Abschluß gebracht werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Wir benötigen diese **Vernetzung** von Technik und fachlichen Inhalten sowie den vernetzten Informationsfluß zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen und Behörden, insbesondere bis in die Kommunen hinein, dringend. Eile ist hier durchaus geboten, damit wir endlich auf termingerecht lieferbare Daten zurückgreifen können und nicht immer nur von den Hand in den Mund leben müssen: für eine sachgerechte Beurteilung und Planung von Projekten, für eine sachlich fundierte Beurteilung potentieller Schutzgebiete als Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 und für die Definition von Umweltqualitätszielen in Kommunen, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

Sicherlich müssen wir auch den **Zugriff auf die Daten für die Bürger** verbessern; wir sollten aber auch Wert darauf legen, daß sowohl bei den Datenerhebungen wie auch bei der weiteren Datenverwendung in den Fällen, bei denen private Eigentümer oder Nutzungsberichtigte betroffen sind, die **Eigentumsrechte** in besonderer Weise Respekt und Berücksichtigung finden. Auch dies sage ich nicht ohne Grund, sondern mit Blick auf die Verärgerungen, die im Rahmen der Biotopkartierung in der Vergangenheit zum Teil festzustellen waren.

Meine Damen und Herren, wir sollten durch unsere Arbeit im Ausschuß zur weiteren Beschleunigung der Aufbauarbeit und zu einem effizienten Informationssystem beitragen, auch mit Blick auf die Notwendigkeit der Bereitstellung finanzieller Mittel. Insofern freue ich mich erneut auf eine konstruktive Arbeit im Umweltausschuß.

Ich merke, Herr Hentschel, auch Sie sind heute wieder einmal mit mir zufrieden.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es hat mich in der Tat überrascht; ich fand es wirklich recht erfreulich. Zweierlei hat mich besonders überrascht: Zum einen finde ich es einen enormen Fortschritt, daß Sie jetzt zugestehen, daß die Beurteilung dessen, wo der **Wachtelkönig** zu finden ist, eine Entscheidung der Fachleute im Landesamt für Naturschutz ist, während noch im Frühjahr diese Frage hier im Parlament entschieden werden sollte und Frau Simonis aufgefordert wurde, sofort eine Kabinettsentscheidung zu treffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum zweiten. Daß Sie festgestellt haben, es habe in der Vergangenheit **Führungsfehler im Umweltbereich** gegeben, dies sei aber in den letzten zwei Jahren erheblich besser geworden, hat mich so überrascht, daß ich wirklich platt bin.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe jetzt einen ganz anderen Eindruck von meinem Umweltminister! Ich bin von Frau Winking-Nikolay gebeten worden, ein paar Bemerkungen zur EDV-technischen Seite des Problems zu machen, bevor sie etwas zur Umweltinformationsthematik sagt. Nachdem sie den Bericht gelesen hatte, sagte sie: Zu dem Bereich der EDV im Bericht mußt du erst einmal etwas sagen, das will ich nicht machen.

Ich versuche es einmal.

Zunächst einmal bin ich der Meinung meiner Vorrednerinnen, daß hier in der Zusammenstellung der Daten und mit einem Überblick über das, was dem Land zur Verfügung steht, hervorragende Arbeit geleistet worden ist. Die Ansammlung von Fremdworten oder Abkürzungen für die verschiedenen Dateien und Datenbanken ist ja auch ganz imposant. Ich hätte Lust, dem noch etwas hinzuzufügen. Ich sage nur noch eines: AlgFES - Algenfrüherkennungssystem oder so ähnlich.

Eines dieser Systeme - das heißt KFÜ -, das hat mit dem Umweltministerium gar nichts zu tun; es ist der Grund dafür, daß unser Energiestaatssekretär niemals umziehen kann; das System besteht nämlich aus der Hardwareverdrahtung von den Kernkraftwerken zum

(Karl-Martin Hentschel)

Ministerium. Das ist das Kernanlagen-Fernüberwachungssystem.

(Zurufe)

Er sitzt ja im Sozialministerium, obwohl er zum Finanzministerium gehört. Das liegt daran, daß sich das Kernkraftwerke-Früherkennungssystem hardwareinstalliert im Sozialministerium - noch aus früheren Zeiten - befindet. Man sieht also, daß diese Systeme technisch auch bezüglich der Umzugstätigkeit der Landesregierung gravierende Auswirkungen haben.

(Heiterkeit - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das kann man wohl sagen!)

Jetzt aber zur ernsten Seite des Themas! Die Daten, die wir nach diesem Bericht vorfinden, befinden sich in vier unterschiedlichen Zuständen: erstens in Form von Papier - noch nicht digitalisiert -, zweitens in Form von Dateien, drittens in Form von Datenbanken, mit denen man auf die Daten bereits direkt zugreifen kann, und viertens sind Daten vorhanden, die bereits über das Internet erreichbar sind, die also der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

(Lothar Hay [SPD]: Nur nicht den Abgeordneten! Wir haben keinen Anschluß! - Heiterkeit)

- Wir schon! Da muß sich Ihre Fraktion dann selbst einmal ein bißchen aktivieren.

(Heiterkeit)

Ich glaube, daß die Zielvorstellung natürlich dorthin geht - das ist auch in dem Bericht deutlich geworden, und deswegen sind diese Kopfstelle und die Aktivitäten in den letzten zwei Jahren auch verstärkt worden -, einen großen Teil der Daten so aufzubereiten, daß sie der Öffentlichkeit über das Internet zur Verfügung stehen. Damit würde auch die Kostenfrage geklärt. Dann besteht nämlich die Möglichkeit, daß sich die Bürger selbst ihre Informationen beschaffen und daß gar nicht erst aufwendige Recherche- und Aufbereitungsarbeiten nötig sind. Das setzt aber natürlich entsprechende Arbeiten voraus. Als jemand, der solche EDV-Systeme selbst mitentwickelt, weiß ich, daß es eine höllische Heidenarbeit ist, die dahinter steht. Eine alte Erfahrung ist es bei EDV-Projekten auch, daß sie immer doppelt so lange dauern, wie vorher die Projektsschätzung war. Deshalb ist es manchmal gut, die Dauer in der Projektsschätzung etwas kürzer anzusetzen; dann schafft man es auch früher.

(Heiterkeit)

Ich unterstütze Ihre Anregungen, die Sie hier vorgetragen haben, indem Sie sagten, man sollte darauf achten,

daß die personelle Ausstattung des LANU ausreicht. Ich glaube, daß es nicht genug ist, daß man kurzfristige Werkverträge abschließt, sondern man braucht bei solchen Systemen auch Fachleute, die kontinuierlich daran mitarbeiten. Das ist im Augenblick, da das Land überall Personal einspart, sicherlich ein Problem, sich die Stellen aus den Rippen zu schneiden. So viele Rippen hat der Umweltminister ja auch nicht, daß er lauter Mitarbeiter daraus schneiden könnte.

(Heiterkeit - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh Mann, laß ihn in Ruhe!)

Ich freue mich aber, daß der Umweltminister in dieser Frage auch die Unterstützung der Opposition hat. Ein transparentes System, das der **Öffentlichkeit** zur Verfügung steht und es auch anschaulich ermöglicht, sich die vielfältigen **Umweltdaten** in diesem Lande anzuschauen, ist ein großer Fortschritt und würde auch akzeptiert werden. Es ist auch für die Verbände - gerade für die Verbandsarbeit - von großer Bedeutung.

Als Letztes - nee, das mache ich jetzt nicht mehr, sonst nehme ich Heide die Zeit weg.

(Heiterkeit - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Spoerendonk.

Anke Spoerendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die F.D.P. hat einen umfassenden und differenzierten Bericht über **Umweltinformationen** eingefordert. Wir haben mit dem vom Umweltminister für die Landesregierung vorgelegten Bericht auch umfassendes Datenmaterial erhalten. Dafür danken wir dem Minister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Material sollte in erster Linie dazu dienen, zu untersuchen, auf welche der vorhandenen Informationen die **Öffentlichkeit** einen Anspruch besitzt. Wir schulden es nicht nur uns selbst, sondern auch den Verfassern des Berichts, ihn für das zu verwenden, wofür er aufgrund des Berichtsantrags gedacht ist, nämlich als Leitfaden für eine Entscheidungshilfe darüber, welche Informationen künftig „an die Frau

(Anke Spoerrendonk)

und an den Mann“ gebracht werden sollten. Es wird unsere Aufgabe sein, uns darüber Gedanken zu machen, ob wir eine Steuerung von Informationen im Sinne einer Chancengleichheit im Verhältnis zwischen Staat einerseits und Bürgerinnen und Bürgern andererseits anschließen wollen.

Als die F.D.P.-Fraktion im April den Berichtsantrag stellte, hatte der SSW zugleich einen Antrag auf Schaffung eines **Informationszugangsgesetzes** vorgelegt. Beide Anträge verfolgen dieselbe Zielsatzung: Es geht um den Umgang mit Informationen der öffentlichen Verwaltung, wobei unter diesen Begriff alle staatlichen Stellen - also Ministerien, Ämter und alle übrigen Behörden auf Kommunal- und Kreisebene - fallen. Es geht um die Frage, wie Informationen der öffentlichen Verwaltung öffentlich werden können.

Eines wird sehr deutlich - das ist mir bei der Beschäftigung mit dem Bericht klar geworden -: Die Bereitschaft, Informationen zu bündeln, setzt eine enorme Vorleistung voraus. Es hat offenbar eine große Rolle gespielt, nach welchen Systemen Informationen zu sortieren und zu verwalten sind, damit unnötige Mehrarbeit vermieden und ein Raster gefunden wird, an dem eine Orientierung möglich ist. Es ist eine schwierige Aufgabe, ein System zu entwickeln, das beliebig ausbaufähig ist und an das beliebig viele Informationsinhaber ihre Informationen angliedern können. In der Auflistung der Datengruppen wird je nach Fachinformationssystem hervorgehoben, inwieweit eine digitale Verfügbarkeit der Daten für die Öffentlichkeit besteht.

Mir war nicht klar, was denn nun die „digitale“ Weitergabe bedeutet, wenn zwischen digitaler Weitergabe und Weitergabe über das Internet unterschieden wird. Auch der Hinweis, daß man von digitalen Daten spricht, wenn sie maschinenlesbar vorliegen, machte mich nicht sehr viel schlauer, muß ich hinzufügen. Ich sage dies jetzt ausdrücklich auch als Benutzerin des Berichts.

Weil ich mit der Bedeutung von „digital“ nicht weiterkam, habe ich mir angeguckt, welche Daten im Internet ausliegen. Das war ein ziemlich langwiger Prozeß, denn wenn man sich auf die Landesregierung einklickt, dann muß man erst einmal warten und warten.

(Klaus Haller [CDU]: Das kennen wir!)

Das liegt zum einen an den vielen Bildern, die den Text aufpeppen und ansprechender machen sollen. Daran ist natürlich auch nichts auszusetzen.

Beim Umweltministerium angekommen, stellt man fest, daß es über Daten zur Person des Umweltministers hinaus ein paar allgemein gehaltene Informatio-

nen über das Ressort gibt. Es folgt ein umfassender Teil über den Nationalpark Wattenmeer. Ansonsten wird auf aktuelle **Umweltdaten** verwiesen.

Diese aktuellen Umweltdaten sind wiederum untergliedert in Daten über die Luftqualität und Daten über die Wasserqualität. Diese detaillierten Informationen sind für die Interessierten wichtig, die die weitergehenden Informationen wollen. Insofern ist die Webseite im Vergleich zu den nach dem Bericht vorhandenen Informationen zu dünn. Wer sich andere Webseiten anschaut, gelangt allerdings zu der Erkenntnis, daß im Umweltministerium offenbar der Wille vorhanden ist, die Chancengleichheit von Bürgern auf der einen und Staat auf der anderen Seite zu verbessern. Das begrüßen wir, und das wurde vorhin ja auch schon von der Kollegin Happach-Kasan lobend erwähnt.

Dies also ergaben meine Recherchen. Daraus folgere ich, daß die digitale Weitergabe von Daten an die Öffentlichkeit nicht gleichbedeutend mit der Weitergabe über das Internet ist. Digitale Weitergabe von Daten an interessierte Bürgerinnen und Bürger, die Umweltinformationen nachfragen wollen, kann also nur bedeuten, daß sie auf Anfrage eine Diskette mit entsprechendem Material erhalten können. Für diejenigen, die sich informieren wollen, ist dies natürlich eine wesentliche Hilfestellung. Auch das möchte ich lobend hervorheben.

Damit komme ich zu den Kosten der getätigten Anfragen. Sofern Umweltinformationen nicht im Internet abgefragt werden können, müssen diejenigen, die Anfragen formulieren, mit Kosten rechnen, deren Höhe für sie eine unbekannte Größe ist. Es fällt auf, daß für die Aufbereitung von Emissionsdaten des Kernkraftwerkes Krümmel Kosten von 5.500 DM in Rechnung gestellt worden sind. Eine andere Recherche würde Kosten von 1.000 DM verursachen. Diese Preise sind kein Pappenstiel.

Als der SSW ursprünglich den Entwurf eines **Landesumweltinformationsgesetzes** vorlegte, war die Kostenregelung ein wesentlicher Punkt. Der SSW wollte dem Grundsatz der kostendeckenden Gebühren nicht folgen. Dem Bundesgesetz liegt das Kostendekkungsprinzip zugrunde. Diese Praxis ist unserer Meinung nach weiterhin fragwürdig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Europäische Kommission hat hierzu nämlich unmißverständlich festgestellt, daß das Kostendekkungsprinzip seitens eines Mitgliedstaates nur dann anwendbar sein darf, wenn der Staat dieses Prinzip

(Anke Spoerendonk)

seinen Bürgern gegenüber allgemein zur Anwendung bringt. Eine derartige Praxis wird aber in Deutschland nicht geübt. Nach wie vor kann der Rückgriff auf das Kostendeckungsprinzip aus der Sicht des SSW nur so verstanden werden, daß über hohe Gebühren erreicht werden soll, daß weniger Informationen über die Umwelt nachgefragt werden.

Auf den ersten Blick schien der Bericht viele Details zu enthalten. Um so mehr hat es mich gewundert, daß in einigen Bereichen konkrete Informationen völlig fehlen. In dem Bericht befindet sich zum Beispiel keine Liste über die geführten Gerichtsverfahren. Eine solche Liste hätte das Bild des auf Auskunft klagenden Bürgers jedoch abgerundet. Uns allen ist bekannt, daß es zum Beispiel in Sachen Planung A 20 zu vielen Klagen gekommen ist, die deshalb geführt wurden, weil die Kläger die Herausgabe von Umweltinformationen verlangten. Ich denke, darauf hätte im Bericht der Schwerpunkt gelegt werden müssen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Bericht bestätigt, daß ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen den bei der öffentlichen Verwaltung vorhandenen Umweltinformationen und den für die Bürgerinnen und Bürger abfragbaren Informationen besteht. Aus der Sicht des SSW wird damit der Bedarf an einer landesrechtlichen Regelung, also an einem Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen, deutlich,

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

das das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Einsicht und Zugriff auf Informationen feststellt.

Hinsichtlich der Kosten solcher Informationen haben wir in unserem Antrag die Berücksichtigung des Sozialstaatsgebots gefordert. Die Anwendung des Kostendeckungsprinzips wäre lediglich dazu angetan, die Bürgerinnen und Bürger daran zu hindern, Informationen einzufordern. Das wollen wir nicht.

Mit diesem Bericht haben wir einen ersten Leitfaden bekommen; es ist ein erster Schritt gemacht worden. Darauf freuen wir uns. Wir freuen uns ebenfalls auf die Ausschußberatungen.

(Beifall bei SPD, CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt eine Besuchergruppe von Studentinnen und Studenten aus Bulgarien.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Bemerkungen schließen praktisch nahtlos an das an, was meine Kollegin Frau Spoerendonk hier gerade ausgeführt hat. Ich möchte gerne noch einmal darauf hinweisen, daß es doch einen erheblichen Unterschied zwischen Theorie und Praxis im Umgang mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern gibt. Ich meine hierbei allerdings nicht die Herausgabe von Broschüren; hier geht es vielmehr um wichtigere Daten.

Wie geht man mit den Bürgerinnen und Bürgern um, die, wie der Bericht bemerkt, in zunehmendem Maße von ihrem Recht auf freien **Zugang zu Umweltinformationen** Gebrauch machen wollen? Genau dies wird - das ist meine eigene oft bittere Erfahrung - zum Teil massiv behindert. Zum einen fängt es an mit 5 DM für eine Schwarzweißkopie, und es hört auf, wie Frau Spoerendonk erwähnt hat, bei Tausenden von DM für Daten über Kernkraftwerke. Zum anderen wird die Herausgabe von Unterlagen, die die Bürgerinnen und Bürger schriftlich anfordern, direkt verweigert.

In dem Textabschnitt des Berichts betreffend das Wirtschafts- und Verkehrsministerium auf Seite 71 steckt daher auch einige Brisanz. Hier versteckt man sich hinter einem Erlaß des Bundesverkehrsministeriums aus dem Jahre 1995, wonach Umweltdaten im Zusammenhang mit Straßenbauvorhaben während laufender Verfahren nicht an Dritte herauszugeben seien. Es ist in der Tat so - Frau Gröpel hat darauf hingewiesen -, dieser Erlaß ist inzwischen von der europäischen Ebene kassiert worden.

Der nächste Satz in diesem Kapitel, man müsse jetzt abwarten, was aus Bonn komme - auch Frau Gröpel hat darauf aufmerksam gemacht -, erscheint mir so, als wolle man auch hier weiter Zeit gewinnen, und zwar zuungunsten des interessierten Bürgers.

Wer - wie ich - ein gebranntes Kind ist, wundert sich um so mehr, daß man nicht nur als Normalbürgerin, sondern auch als Abgeordnete keine Auskunft bekommt. Wie Ihnen bekannt ist, habe ich - der Umweltausschuß hat dies unterstützt - Einsicht in Unterlagen gefordert. Nach monatelangem Tauziehen, in das auch der Einigungsausschuß einbezogen war, wurde dem Umweltausschuß mit Datum vom 22. September mitgeteilt, daß die Unterlagen oder - richtiger - ein Teil der gewünschten Unterlagen be-

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay)

reitlägen. Das, was dort gnädig bereitgelegt worden ist, spricht jedem Informationsrecht allerdings hohn. Es ist, wie erwähnt, nur ein Teil der gewünschten Informationen und hier nur die vom Verkehrsminister geänderte - man könnte auch sagen: frisierte - Version,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ist das nicht Ihre Regierung?)

die dem Bundesverwaltungsgericht zugegangen und die mir als Klägerin natürlich ohnehin zugänglich sind.

Da ich mir sicher bin, daß mir als Abgeordneter ebenso wie jeder normalen Bürgerin das Recht auf Einsicht in Unterlagen zusteht, und zwar in Unterlagen, die der Fachgutachter erarbeitet hat - wie wir alle wissen, auf Kosten des Steuerzahlers -, und daß ich mich nicht mit vom Verkehrsminister brauchbar gemachten Fassungen zufriedengeben muß, werde ich in diesem Fall weitere Schritte unternehmen.

In Kurzform: Zumindest auf Umweltdaten, die im Verkehrsbereich relevant sind, wird den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein mit den verschiedensten Mitteln der Zugang verwehrt.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment, bitte, Frau Abgeordnete! - Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten. Wir kommen bald zum Schluß der Sitzung. Ich bitte um etwas mehr Ruhe und Disziplin.

Sie haben das Wort.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Den Bürgerinnen und Bürgern wird der Zugang, wie in den verschiedenen Redebeiträgen schon mehr oder weniger deutlich angesprochen wurde, durch ungerechtfertigt hohe Kosten, durch Zeitschinden über Gerichtstermine hinaus - man versteckt sich hinter dem Argument, man müsse zunächst einmal ausführliche Berichte abwarten; dann sind Gerichtstermine „Gott sei Dank“ verstrichen - oder dadurch verwehrt, daß

man sich hinter der Bundesebene versteckt. Die wenigen Bürgerinnen und Bürger, die dann immer noch nicht aufgeben, werden spätestens an diesem Punkt aus Angst vor einem unkalkulierbaren Kostenrisiko in bezug auf die nun notwendigen gerichtlichen Schritte die sehr ungleichen Waffen strecken. Was nützt den Bürgerinnen und Bürgern das technisch perfekteste, umfangreichste Datensystem, wenn sie, sobald sie mehr als Hochglanzbroschüren haben möchten, wie Störenfriede abgewimmelt werden?

Wenn wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier hier ehrlich sein und bleiben wollen, dann müssen wir über alle Begeisterung für diesen ausführlichen Bericht dieses Übel, nämlich daß Interessierte Schwierigkeiten haben, wirklich an Daten heranzukommen, ehrlich beim Namen nennen und umgehend für Abhilfe sorgen, und zwar nicht in der Weise, daß wir zuerst nach Bonn schielen. Aber ich hoffe, daß wir in Zukunft mehr Erfolg haben werden, wenn wir nach Bonn schielen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hapach-Kasan [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Umweltausschuß zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Lassen Sie mich abschließend bekanntgeben: Die nächste Tagung, die 27. Tagung, beginnt am 11. November. Die sitzungsfreie Zeit dauert vom 12. bis 26. Oktober.

Ich wünsche Ihnen allen einen erholsamen Urlaub und hoffe, Sie frisch und munter wiederzusehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 12:20 Uhr